Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 46 | Berlin, den 12. November 1927 | 2. Jahrgang

Zum Jahrestag der Revolution.

Vor neun Jahren trugen die Herbststürme die Revolution übers Land, und krachend stürzten die morschen Stützen der einstigen Monarchie und der Militärmacht zusammen. Große Gewaltanstrengung war dazu gar nicht nötig. Die einst so stolzen Herrscher ließen Land und Volk im Stich und zogen von dannen, und die anderen in Mitleidenschaft gezogenen krochen in Mäuselöcher.

Ein Aufatmen ging durchs hungernde, darbende, kriegsmüde Volk. Ein staatlicher Trümmerhaufen, eine zerrüttete Wirtschaft und ein verarmtes Reich waren die trostlosen Ueberbleibsel des verspielten Krieges, aus denen Arbeiter- und Soldatenräte wieder Leben zauberten. Das war keine leichte Aufgabe, und es kamen verhältnismäßig weniger Versager vor, als bei den darauffolgenden und gegenwärtig noch amtierenden „altbewährten Regierungsfachleuten".

Und wie sah's in der Wirtschaft aus? Die Unternehmer waren es, die die Gewerkschaften und Arbeiter dringend nötig hatten zur Regelung und zum Antrieb des Ganges der Dinge. Sie riefen die Gewerkschaftsvertreter zur Hilfe, und in der Zeit der Not waren sie willkommen. Da gab das Unternehmertum zu erkennen, daß Arbeiter und Gewerkschaften gebraucht wurden. Die Arbeiterschaft ist eben der Grundpfeiler der Wirtschaft.

Gegenwärtig will das Unternehmertum diese Tatsache bemänteln. Es wird sogar der Kampf mobilisiert gegen Notwendigkeiten, die seinerzeit freiwillig zugestanden wurden.

So änderte sich im Laufe der Jahre die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften in vielen Dingen, und in der Arbeitszeitfrage im besonderen.

Die Gewerkschaften haben nicht etwa erwartet, daß die Unternehmer in ihrer Gesamtheit sich ihnen dankbar erweisen sollen; denn es bleibt wahr, daß Undank der Welt Lohn ist. Sie lassen sich jedoch das Recht nicht streitig machen, daß sie gegenwärtig und für die Zukunft weniger wichtig und notwendig für die Wirtschaft und das Staatsleben sind als im November 1918, in der Zeit der stärksten Bedrängnis. An dieser Erkenntnis halten die Gewerkschaften auch fest. Darauf fußen ihre berechtigten Forderungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der kulturellen Förderung der Arbeiterklasse, und der Mitbestimmung in den Betrieben und an der Wirtschaft.

Der wichtigste Teil des Wirtschaftsgetriebes, der werteschaffende Arbeiter, verlangt ja damit nur den ihm zustehenden Anteil an den Funktionen der Gesellschaftsmaschinerie, der seiner Tätigkeit entspricht, der ihn auf Grund seines Wertes zusteht.

Diese Bresche schlug die Revolution vom November 1918.

Die Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß sie erweitert wird. Alle Hilfsmittel, die die neue Staatsfassung zuläßt, werden dabei mit angewandt. Wenn die Arbeiterschaft dabei die Gewerkschaften als ihre wirkenden Organisationsträger im vollsten Maße unterstützt, werden die Erfolge auch nicht ausbleiben. Das Unternehmertum wird durch die Macht und den gesteigerten Einfluß der Gewerkschaften dahin gebracht werden, diese als gleichen Partner im Wirtschaftsleben mit all seinen Ausstrahlungen anzuerkennen und ihnen Entgegenkommen zu zeigen. Damit wird freilich noch nicht das Endziel erreicht, aber ein wesentlicher Schritt nach vorwärts getan sein.

Den Weg zu diesem Schritt ebnete die Revolution. Sie ermöglichte die neuen Verfassungsgrundlagen und Gesetze zur Betätigung der Arbeiterschaft nach dieser Richtung und sie setzte, um mit Marx zu reden, der Arbeiterklasse in Deutschland die Elemente der neuen Gesellschaft frei, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt hatten.

Nun liegt es an der Arbeiterklasse, den von der Revolution geebneten Weg zu beschreiten und den Gewerkschaften die Stärke zu geben, die notwendig ist, um wesentlich auf die Gestaltung der Dinge überhaupt einzuwirken.

Dazu muß gesagt werden, daß die deutsche Arbeiterklasse in den verflossenen Jahren teilweise Irrtümer beging und nicht geschlossen hinter den Gewerkschaften stehen blieb. Eine große Zahl noch nicht gewerkschaftlich geschulter Arbeiter und Arbeiterinnen verfiel in ihrer Ungeduld nach einem sozialistischen Zukunftsland den Redensarten unreifer Weltumstürzler, die alle geschichtlichen Erfahrungen in den Wind schlugen und mit revolutionären, unüberlegten Gewaltakten die sozialistische Gesellschaftsordnung aufzurichten versuchten. Dabei ließ schon Marx hörbar vernehmen, daß die Masse nur in die Wagschale fällt, wenn eine Organisation sie zusammenhält und Wissen sie leitet.

Da das Gegenteil gemacht und die großen vorhandenen Organisationen zerschlagen und geschwächt wurden, entstanden Nachteile für die gesamte Arbeiterklasse in Deutschland, die nun durch opferreiche Kämpfe vor allem auf gewerkschaftlichem Gebiet wieder ausgeglichen werden müssen.

Drum hat jedes Gewerkschaftsmitglied die Pflicht, sich stets klar zu machen, ob seine Handlungen nicht die Organisation zermürben und die Einheit, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zerschlagen. Bei jedem Tun kommt es darauf an, welche Folgen es auslöst. Die kommunistischen Parolen und Verächtlichmachung der Gewerkschaften im Jahre 1923 zogen nach sich, daß sich Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen von den Verbänden lösten, in ihren Anschauungen verwirrt wurden und die Stärke und Schlagkraft der Gewerkschaften dezimierten in dem Zeitpunkt, als die Inflation den letzten finanziellen Rückhalt wegfraß. Diese verwerfliche Tat einer angeblichen Arbeiterpartei brachte wohl Schaden, aber sie zerrüttete die große Gewerkschaftsbewegung ebenso wenig, als der Streich der Inflationsgewinnler, und sie ist noch lange nicht gut gemacht durch die Umstellung der Parole: „Wieder hinein in die Gewerkschaften zwecks ihrer Eroberung." Da die politische Verwirrung noch Teile der Arbeiterklasse bannt, da stets Versuche gemacht werden, auch die Mitgliedschaften der Verbände hineinzuziehen und auf das gewerkschaftliche Leben Einfluß zu bekommen, deshalb wird zum Jahrestag der Revolution, zum 9. November, auf die Lehren verwiesen, die diese Umwälzung mit sich brachte.

Gesellschaftliche Umwälzungen setzt man nicht fort durch Putsche, sich jagende Demonstrationen, durch Bekämpfung der größten und strebsamsten Organisationen der Arbeitenden, sondern durch Mitarbeit an der Gestaltung des Neuen, durch Vergrößerung der einheitlichen Macht der Arbeiterklasse, durch Uebernahme der Verantwortung. Nicht krankhafte Kritik ist fördernd, sondern bahnbrechendes Handeln, Ausnützung aller Vorteile, Erkennen der stufenweisen Entwicklung.

Das lehrt uns die Zeit nach 1918.

Wesentliche Fortschritte brachte sie. Und wenn neuerdings die Reaktion sich dem Vorwärtsstreben der freiorganisierten Arbeiterschaft hemmend in den Weg stellt, so dürfen wir nicht vergessen, daß ihr viele Arbeitende dazu die Möglichkeit gaben. Die Reaktion stützt sich vor allem auf ihre Größe im Parlament, zu der ihr viele zur Arbeiterklasse eigentlich Gehörende verholfen haben.

Deshalb zum Jahrestag der Revolution die Mahnung:

Arbeitendes Volk, nütze stets deine Rechte nur für dich und stärke nicht deine Gegner. Deine Wucht und Geschlossenheit im November 1918 brach die Macht eines Herrschaftssystems, mit ihnen wird es dir auch möglich sein, die Ketten des Kapitals abzustreifen. Die geschlossene gewerkschaftliche Organisation ist die Vorbedingung dazu.

—r.

Der 9. November.

Von Walter G. Oschilewski.

Volk der Arbeit, in Rauch und Schweiß und Hunger
Dürftiger gemacht, als alle Pfade der Liebe,
Stehst du nun auf, ein wiedererwachender Riese.

Noch sind die Treppen beschmutzt vom Kot deiner Feinde,
Noch fielen sich Satte und Geschwätzige in den Zimmern,
Die dir Wohnstatt sind tapferen Glaubens,
Und das Haus ist noch nicht dein, das du erbautest: warum?

Warum? Nichts ist, was nicht der Wille gebiert,
Und was nicht gepanzert wird in Kampf und Treue;
Die Mauer wankt nicht, wenn wir eingewurzelt stehen,
Im Land, das wir Heimat nennen der Arbeit und des Volkes.

Heute trommeln die Fahnen im Wind,
Und aus den Mündern bricht heller Gesang.
Heute schlägt unser Herz lauter noch für den ewigen Glauben:

Deutsche Republik!

Gewerkschaftliche Selbsthilfe.

Im Juni 1928 soll in Hamburg der nächstfällige ordentliche Verbandstag des Fabrikarbeiterverbandes tagen. Dieser Tagung wird nicht nur eine besondere historische Bedeutung beizumessen sein, weil sie die erste ist nach der 1927 erfolgten Kräftekonzentration durch den Zusammenschluß dreier vordem selbständiger Verbände, sondern ihr werden auch Arbeiten zur Erledigung zugewiesen werden, die ihr als Tagung von überragender Bedeutung den Stempel aufdrücken. Wenn auch die Tagesordnung heute noch nicht feststeht bezw. noch nicht bekanntgegeben ist, so steht doch außer Zweifel, daß es Aufgabe der Hamburger Tagung sein muß, dem neuen Organisationsgebilde eine nicht nur den durch den Zusammenschluß veränderten Verhältnissen, sondern auch den Beschlüssen der „Kommission des ADGB. für gewerkschaftliche Verwaltungsreformen" Rechnung tragende Verfassung zu geben. Sie wird also den durch die Zusammenfassung der Kräfte nach außen hin sichtbar gewordenen Entwicklungsprozeß nach innen hin vollziehen helfen: Die neue Form mit neuem Inhalt zu erfüllen, wird die Hauptaufgabe des kommenden Verbandstages sein! Der Verbandsbeirat und der Hauptvorstand haben bereits vorbereitende Arbeiten geleistet, denn der erstere hat auf seiner Sitzung im Februar 1927 Stellung genommen zu den Beschlüssen der „Verwaltungsreformkommission" und auch zu einer Angelegenheit, deren Erledigung für den Verband sowohl als auch für jedes einzelne Mitglied von tiefeinschneidender Bedeutung sein muß: Die Schaffung einer Alters- und Invalidenversicherung im Verbande.

Die Frage selbst ist nicht mehr neu. Darüber diskutiert und dagegen polemisiert wurde nicht nur seit heute und gestern in den Reihen unserer Verbandsmitglieder, sondern wohl in fast allen Gewerkschaften. Und bereits eine Reihe von Verbänden haben den diesbezüglichen negierenden Standpunkt überwunden und sind zur Tat gekommen!

Das Streben der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nach Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften ist namentlich in der jüngsten Vergangenheit stark in Erscheinung getreten und hat seinen Grund in der Tatsache, daß breiteste Kreise der werktätig Schaffenden beiderlei Geschlechts immer mehr erkennen, daß die Reichs-, Alters- und Invalidenversorgung absolut unzulänglich ist, trotzdem das Heer der Arbeitsinvaliden riesenhaft anschwillt, weil der Krieg die noch übriggebliebenen Arbeitskräfte des einzelnen bis auf ein bedenkliches Minimum reduziert und die nach dem Kriege einsetzende Produktionsweise mit ihrer bis ins Gigantische ragenden Intensitätssteigerung ein Uebriges getan haben. Man hat zwar versucht, der „Krone der deutschen Sozialgesetzgebung" einige weitere Zacken anzuleimen, man ist aber bei seinen Versuchen eben nur bei Versuchen geblieben: Kurpfuscherei und Quacksalberei mit höchstens insofern positivem Ergebnis, als Hekatomben von Beiträgen mehr aus Versicherten und der Wirtschaft herausgezogen wurden und sich das Beamtenheer vergrößerte. Auch die in der nächsten Tagungsperiode des Reichstages angekündigte „große Reform" der Reichsversicherungsordnung wird nichts weiter bringen als abermals Beitragserhöhung und dazu eine Verfeinerung des ohnehin schon ziemlich komplizierten arbeitenden Bürokratismus. Für die Versicherten wird jedenfalls nicht das dabei herauskommen, was der Ausreißer in Doorn einmal als „die gesicherte Existenz des Arbeiters bis ins hohe Alter hinein" nannte. Zwischen staatlicher Alters- und Invalidenrente und den notwendigsten Lebensbedürfnissen der Rentner, die mit den paar Bettelpfennigen Rente nicht annähernd bestritten werden können, einen kleinen Ausgleich zu schaffen, soll deshalb durch Einführung des genannten Unterstützungszweiges in den Gewerkschaften erreicht werden. Die verschiedensten Gewerkschaften (unter ihnen die der Buchdrucker als die erste) haben diese Einrichtung bereits geschaffen und wissen, was sie praktisch bedeutet für ihre alten und invaliden Mitglieder. Daß etwa bei unseren Mitgliedern ein Bedürfnis für eine solche Einrichtung nicht vorhanden sein könnte, kann nicht behauptet werden und wird übrigens durch die Tatsache widerlegt, daß namentlich Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen in immerhin beachtlicher Zahl bereits in anderen Kassen teils gegen Krankheit, teils gegen Invalidität versichert sind. Zu diesen Kassen gehören nicht nur öffentliche, wie die „Meißener" und die „Hamburger" und andere, sondern auch Betriebskassen, in denen die „Versicherten" nicht einmal den erforderlichen Einfluß auf Verwaltung usw. haben. Alle diese Splitterversicherungen fallen gelassen und dafür die Mittel der Gewerkschaftskasse zugeführt, sicherte von vornherein die Möglichkeit der Einrichtung und die breite Basis, auf der dieser neue Unterstützungszweig aufgebaut würde, garantierte bestimmt den Erfolg. Dieser würde sich nicht nur auswirken in dem Rentenzuschuß an die Alten und Invaliden im Verbande, sondern letzteren würde auch eine größere Stabilität im Mitgliederbestande gesichert sein. Beispiel: Buchdruckerverband!

Daß dieser neue Unterstützungszweig eingeführt werden kann, wenn in den Mitgliederkreisen das notwendige Verständnis und der erforderliche gute Wille vorhanden sind, sei an Hand eines von mir konstruierten Beispiels, das auf die Verhältnisse meines engbegrenzten gegenwärtigen Wirkungskreises zugeschnitten ist, dargetan. Die Zahlstelle Kahla zählt im Augenblick rund 1650 Mitglieder, wovon rund 1100 männlich und 550 weiblich und jugendlich sind. Von der Gesamtmitgliedschaft der Zahlstelle sind gegenwärtig 43 Invaliden (39 waren bei der Zählung im Juli d. J. vorhanden). Würden nun die 1100 männlichen Mitglieder pro Woche 10 Pf. und die weiblichen und jugendlichen 5 Pf. Beitrag zu einer Invalidenunterstützung, die nur für die Zahlstelle eingerichtet würde, zahlen, so würde das zusammen pro Woche 137,50 RM oder pro Vierteljahr 1787,50 RM ergeben. Würde nun jedem der invaliden Mitglieder pro Monat 10 RM oder 30 RM im Vierteljahr Unterstützung gegeben, so würde dies einen Aufwand von 1290 RM erfordern, so daß noch ein immerhin verhältnismäßig hoher Bestand verbliebe, der als Reserve für besondere Notlagenunterstützung an invalide oder kranke und arbeitslose, ausgesteuerte Mitglieder Verwendung finden könnte, oder aber die Unterstützungssätze könnten für die

Invaliden später entsprechend erhöht werden. Die Ausgaben für Verwaltung dieser Kasse würden gleich Null sein, denn außer für Quittungsformulare würden Ausgaben kaum erwachsen, da ja die Auszahlung der Unterstützung usw. mit zu den Arbeiten des Angestellten gehörten. Für die männlichen Mitglieder würde mein Beispiel eine Jahresbelastung von 5,20 RM und für die Weiblichen und Jugendlichen eine solche von 2,60 RM pro Mitglied bringen. In Ansehung des hohen moralischen und wirtschaftlichen Wertes einer solchen Einrichtung bestimmt ein geringes Opfer für den einzelnen!

Angesichts des Umstandes, daß der Verband sich mit der Absicht trägt, eine Alters- und Invalidenkasse für seine Mitglieder zu errichten, halte ich es für einen Fehler, wenn wir den Spalten unserer Fachpresse Einrichtungen öffnen, die, mögen sie geleitet und verwaltet werden von wem immer, privater Natur sind und für die wir aus Selbsterhaltungstrieb lieber keine Reklame machen sollten. Wenn ich im allgemeinen schon von jeher die Ansicht vertrat, daß ein Gewerkschaftsblatt zu etwas anderem da ist, als private Geschäftsanzeigen zu bringen, so bin ich im besonderen ein Gegner von Reklame für die Zuschußkassen, wie eine solche in den letzten Nummern des „Keramischen Bund" und des „Proletarier" für die „Meißener Zuschußkasse" gemacht wurde. Brauchen wir denn die paar Reichsmark Insertionsgelder so notwendig, um mit den Inseraten uns nicht nur eine Konkurrenz auf den Hals zu laden, sondern auch zu allem Ueberfluß gegen die Grundsätze der gewerkschaftlichen Selbst- und Eigenhilfe zu verstoßen? Und letzten Endes: Wenn wir außerhalb unserer Absicht, im Verbande den Bedürfnissen und Verhältnissen der Gegenwart und der Zukunft Rechnung tragende Einrichtungen zu schaffen, noch ein besonderes Bedürfnis haben sollten (ich erachte es sogar als unsere Pflicht), so dürften wir unsere Pressespalten höchstens für Reklame der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung „Volksfürsorge" bereitstellen, denn diese Versicherung kann als eine private Einrichtung, wie die „Meißener Zuschußkasse", ganz bestimmt nicht angesprochen werden. Zweckmäßiger und richtiger für die Gewerkschaft wäre, wenn die Fachpresse in gewissen Zeitabständen die Mitglieder aufforderte: **Zahlt entsprechende Beiträge, damit ihr im Bedarfsfalle gesichert seid!** Die Dinge liegen doch so, daß, wenn auf Grund unserer Reklame für eine private Kasse ein beachtlicher Teil unserer Mitglieder einer solchen Kasse beitreten und sich bis zum weiteren Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen bezw. zur Errichtung einer Alters- und Invalidenversicherung Rechte erwerben würde, dieser Teil Mitglieder schwerer für diese Einrichtung zu gewinnen sein würde, weil er seine erworbenen Rechte nicht wieder preisgeben möchte. Daß unseren Unterkassierern in solchen Betrieben, wo bereits mehrere Kollegen Mitglieder bei einer Zuschußkasse (ob öffentlicher oder betrieblicher) sind, Schwierigkeiten, teilweise erheblicher Natur, beim Beitragseinsammeln erwachsen, wird mir jeder bestätigen, der die Dinge kennt, worauf ich der Vollständigkeit halber noch hingewiesen haben möchte. Ueber den großen Vorteil, der sich für den Verband ergäbe, wenn unsere Mitglieder sich in der Gewerkschaft höher versicherten, als daß sie Beiträge an außergewerkschaftliche private Kassen abführten, viel Worte verlieren, hieße nur Zeit und Raum der Zeitung verschwenden. Jedenfalls könnten die Ergebnisse einer Höherversicherung bei kommenden Wirtschaftskämpfen den Mitgliedern in Gestalt von Unterstützungen auch wieder zufließen. Denn noch immer leben wir im privatkapitalistischen Zeitalter und benötigen deshalb viel, viel Geld!

Ich wollte also mit meinen Darlegungen auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Alters- und Invalidenversorgung im Verbande und deshalb auf die Wichtigkeit der nächstjährigen Verbandstagung hingewiesen und die Leitungen unserer Fachblätter gemahnt haben, der Entwicklung im Verbandsunterstützungswesen nicht Schwierigkeiten zu bereiten durch Aufnahme von Inseraten für private Einrichtungen. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Hamburger Tagung zu einem positiven Ergebnis kommt und einem auch in breitesten Mitgliederkreisen des ehemaligen Porzellanarbeiterverbandes bestandenen Bedürfnis auf Schaffung einer Alters- und Invalidenversorgung tunlichst Rechnung trägt. **Ein Stück vorwärts auf dem Wege der gewerkschaftlichen Selbst- und Eigenhilfe wäre damit wieder geschritten.**

Gustav Meinhardt, Kahla.

Ueber die gesundheitliche Gefährdung durch Blei.

Von Dr. med. Max Grünewald, Dortmund.

Blei kommt in über 150 Industrien gelegentlich oder regelmäßig zur Verwendung und ist besonders dann schädlich, wenn es „unwissend und gewissenlos" verwendet wird. Die Gesundheitsgefährdung bei der Verarbeitung von metallischem Blei ist nach den Feststellungen von Engel besonders dann leicht und häufig möglich, wenn die Atemluft flugfähigen Bleistaub enthält. Das ist der Fall bei der Schleif- und Polierarbeit und bei Erhitzungsprozessen des Metalls jenseits der Temperatur von 500 Grad Celsius, denn es bilden sich dann in einem dichten Bleirauch (Nebel) Bleioxyde, deren abgelagerter Staub auf einem 8,4 Meter über dem Erdboden liegenden Rohre noch 16,3 Proz. Bleigehalt aufwies. Eine Schicht lockerer Watte von 2½ Zentimeter Dicke wurde noch zur Hälfte durchdrungen. In der Bleilöterei wird um so mehr des feinen Bleirauches erzeugt, je höher das Metall erhitzt werden muß, also besonders in der homogenen Verbleiung infolge der Verwendung der sehr heißen Wasserstoff-, Sauerstoff- oder Azetylen-Sauerstoff-Gebläse. Das eingeatmete Blei in Staubform wird entweder von der Nasenschleimhaut oder von der Lunge aus aufgenommen, oder es bleibt auf der Schleimhaut des Mundes, Rachens und der Nase haften und wird zum Teil mit Schleim und Speichel verschluckt und dann vom Magen-Darmkanal aus wirksam. Es ist zweckmäßig, den für Gebläseflammen benutzten Gasen Kohlenwasserstoffe beizumischen, weil die Azetylensauerstoffflamme infolge ihrer reduzierenden Eigenschaft einen geringeren Luft-Bleigehalt erzeugt als z. B. die Wasserstoff-Sauerstoffflamme mit oxydierender Einstellung, bei welcher der Bleidampf zu dem als Luftkolloid langschwebefähigem Bleioxyd oxydiert wird.

In acht Stunden werden ungefähr 4 Kubikmeter Luft eingeatmet; von dem in dieser Luftmenge enthaltenem Blei gelangen etwa 50 bis 60 Proz. in die Lunge. Von den Atmungsorganen wird das Blei reicher aufgenommen als vom Verdauungsapparat. Von dem in Nase und Rasenrachenraum zurückgehaltenen [illegible] gelangt nur ein kleiner, praktisch belangloser Teil in den Magen. Im Blutstrom wird das Blei als Phosphat befördert und im Kalkanteil des Knochensystems aufgestapelt. Eine Schädigung des Organismus tritt nur dann ein, wenn Blei nach der Aufnahme oder nach der Mobilisierung aus dem Knochensystem frei im Organismus zirkuliert. Die Bleivergiftung kommt nicht so zustande, daß durch fortwährende Bleiaufnahme das Metall in den Organen zu einer gewissen, etwa schädigenden Menge aufgehäuft wird, sondern es ist der **Durchgang von Blei**, welcher die Zellen schädigt und erst, wenn infolge wiederholten Durchtritts die Schädigung einen gewissen Grad erreicht hat, tritt Erkrankung ein; dabei kommt es sowohl auf die Stärke als auch auf die Dauer des Bleistromes an. Ein verhältnismäßig dicker Strom führt nach kurzer Zeit zur Kolik oder Gehirnerkrankung, ein verhältnismäßig dünner aber langdauernder Strom zur Lähmung und zu Gefäßveränderungen, zu welchen es auch durch lange Dauer eines dichten Stromes kommen kann. Auf diese Weise und durch die persönlich verschiedene Empfänglichkeit entsteht das der Bleivergiftung eigentümliche, mannigfach wechselnde Krankheitsbild.

Die Wirkung des Bleies auf die roten Blutkörperchen haben [illegible], F. Repnikoff und T. E. Smith (Boston) untersucht, um Aufklärung über die Blei-Blutarmut zu schaffen. Reagenzglas- und Tierversuche sind zu diesem Zweck gemacht worden. Blei ändert die Oberfläche der roten Blutkörperchen durch Bildung unlöslichen Bleiphosphats und Auftreten einer Säure. Die Oberfläche wird dadurch weniger elastisch und dehnungsfähig. Rote Blutkörperchen, welche mit Blei behandelt sind, haben eine kürzere Lebensdauer und zerfallen leicht durch mechanische Einwirkung, ihre Fähigkeit sich zusammenzuballen wird herabgesetzt und sie verlieren ihre normale Klebrigkeit, während das Innere der roten Blutkörperchen und die Tätigkeit des Blutfarbstoffes unversehrt bleiben. Die Blutarmut durch Bleieinwirkung entsteht also durch leichtere mechanische Verletzbarkeit der roten Blutkörperchen in der Zirkulation. Die Gesichtsfarbe des Bleikranken weist ein eigenartiges Kolorit auf; sie ist blaßgelblich mit einem leichten Stich ins Graue, die Lederhaut des Auges ist leicht schwach gelblich verfärbt. Infolge des in den Haargefäßen kreisenden Bleies kommt es durch den bis zu den feinsten Verzweigungen der Blutgefäße, besonders bei mangelhafter Mundpflege, eindringenden Schwefelwasserstoff zur Ausfällung von Schwefelblei, wodurch am Zahnfleischsaum eine hellblaue, dunkelblaue, manchmal auch schwarze Linie entsteht, der sogenannte Bleisaum.

Wird vom Blut eines Bleikranken ein Ausstrichpräparat hergestellt und mit basischen Färbstoffen gefärbt, so zeigen eine große Zahl von roten Blutkörperchen eine verschieden starke Körnelung, welche entweder gleichmäßig über das rote Blutkörperchen zerstreut ist oder nur einen Teil desselben einnimmt. Dieses Blutbild kann im Verein mit dem Blasserwerden, Fahlwerden, der Faltenbildung und dem Bleisaum die Frühdiagnose der Bleivergiftung ermöglichen; gar nicht selten findet sich auch als frühes Krankheitszeichen, eine sogenannte Hämatoporphyrinurie, d. h. im Harn eine Ausscheidung von rotem Blutfarbstoff, dessen genauer Nachweis nur auf spektroskopischem Wege möglich ist. Als weitere Zeichen der Bleivergiftung treten Lähmungen auf, besonders der Radialisnerven, welche alle Streckmuskeln des Ober- und Unterarms versorgen, so daß im Anfang der Bleierkrankung bereits sich eine Streckerschwäche bemerkbar macht. Es kommt zu Verstopfung mit Koliken, Nierenstörungen, erhöhtem Blutdruck mit Erkrankungen des Gehirns, einhergehend mit Krämpfen bei plötzlicher Bewußtseinsstörung und einer plötzlich einsetzenden, nach einigen Stunden oder Tagen verschwindenden Blindheit infolge krankhafter Erscheinungen am Augenhintergrunde, deren Wiederherstellung oft jedoch keine vollkommene ist.

Von dem in den Körper gelangten Blei wird der größte Teil durch Stuhl und Urin wieder ausgeschieden. Einer der Hauptangriffspunkte des Bleies ist die mittlere Wandungsschicht der Blutgefäße. Nach Auffassung von F. Shufflebotham, welcher die chronische Bleivergiftung bei **Keramarbeitern** beobachtete, sind folgende Erscheinungen bedeutungsvoll: Arterienverkaltung, hoher Blutdruck, Blutarmut und niedriges spezifisches Gewicht des 24-Stundenurins als Vorläufer der Nierenentzündung. Etwa 10 Proz. der Keramarbeiter sind mit Blei beschäftigt. Bei Fritteglasuren ist die Gefahr vermindert. Zahnfleischsaum wurde in zehn Jahren bei drei Arbeitern beobachtet. Die Sektionen ließen Veränderungen an Herz und Nieren, Gehirnblutung, gelegentlich Verengung des Darms oder bläulicher Saum am After erkennen.

Da zahlreiche Berufe regelmäßig mit bleihaltigen Produkten in Berührung kommen, ohne daß sich die betreffenden Arbeiter über die Bleigefährdung klar werden, so liegt eine weitverbreitete Kenntnis von Entstehung und Folgen der Bleivergiftung im Interesse der Volksgesundheit.

Sozialversicherung in den Vereinigten Staaten.

Amerika, das Land der Freiheit, zeichnet sich aus durch einen hemmungslosen Individualismus. Daß diese Art Freiheit dem vom Kapital abhängigen Arbeiter nur schädlich sein kann, hat man in Europa längst begriffen. Nicht so in Amerika. — Der jenseits des großen Ozeans herrschende individualistische Freiheitsbegriff läßt es weiter nicht verwunderlich erscheinen, daß sich dort der Staat kaum um Sozialpolitik und Sozialversicherung, d. h. um die Deckung der Gefahren kümmert, denen der nur auf seine Arbeitskraft angewiesene Arbeiter ausgesetzt ist. Würde eine solche staatliche Sozialpolitik doch eine Einschränkung der Freiheit der schrankenlosen Kapitalherrschaft bedeuten. Es soll nicht verschwiegen werden, daß es auch in Amerika in einzelnen Staaten eine staatliche Sozialpolitik gibt. Was aber auf dem Gebiete der Sozialversicherung getan wird, beruht fast ausschließlich auf privater Initiative und ist im Hinblick auf die ungeheure Zahl der amerikanischen Arbeitnehmer geradezu verschwindend wenig. Wenn die Entwicklung in Amerika trotzdem Beachtung verdient, so deshalb, weil sie sich in einer raschen Aufwärtsbewegung befindet. Wie das amtliche Organ des amerikanischen Arbeitsministeriums, die „Monthly Labour Review" mitteilt, betrug der Betrag der von den Unternehmern für ihre Arbeiter abgeschlossenen Versicherungen (Lebens-, Kranken-, Unfallversicherungen usw.) am 31. Dezember 1922 13 172 198 Dollar. Er steigerte sich bis zum 31. Dezemebr 1926 auf 152 859 349 Dollar. Nach 1916 ist eine ganz wesentliche Steigerung zu verzeichnen. Sie betrug bis Ende 1926 ungefähr 5 600 000 000 Dollar. Nachstehende Uebersicht zeigt Zahl und Art der Betriebe mit Gruppenversicherung, sowie die Zahl der durch die Versicherung erfaßten Arbeitnehmer.

Industrie	Betriebe mit Gruppenversicherung	Anzahl der unter die Versicherung fallenden Arbeitnehmer
Verarbeitende Industrien:		
[illegible]	6	60 118
Chemikalien, Seife und ähnliche Erzeugnisse	3	11 693
Bekleidungsindustrie	4	2 227
Elektrische Apparate	16	73 777
[illegible]	5	5 924
Gießereien u. Maschinenfabriken	22	32 102
Möbel	3	2 134
Stahl und Eisen	2	7 753
Leder	2	2 292
Erzbearbeitung	2	2 [illegible]64
Papier	6	4 630
Buchdruckgewerbe	3	892
Kautschuk	5	37 776
Fleisch- und Fleischkonserven	2	8 600
Textilindustrie	19	16 020
Verschiedene	20	17 [illegible]89
Insgesamt	129	289 530
Bergbau	2	4 795
Oeffentliche Betriebe:		
Dampfeisenbahnen	2	20 936
Elektr. Eisenbahnen	10	30 028
Gas, Elektrizität, Licht und Kraft, Telephon und Telegraph	11	40 002
Insgesamt	23	90 966
Büros	12	9 651
Läden	15	4 [illegible]14
andere Gewerbe	5	4 345
Insgesamt	186	403 301

Das System und die Versicherungsarten sind durchaus nicht einheitlich. In manchen Betrieben erstreckt sich die Versicherung auf Leben, Unfall und Krankheit, wobei ein Teil der Versicherungsprämie vom Arbeiter bezahlt wird. In anderen Fällen zahlt der Arbeitgeber die Lebensversicherung, während der Arbeiter die Kosten für die Kranken- und Unfallversicherung trägt. Zuweilen ist in dem Versicherungssystem auch eine Sparversicherung enthalten. Manchen Betrieben erscheint die Versicherung so wichtig, daß sie für die Arbeiter nach einer gewissen Dienstzeit obligatorisch wird, d. h. soweit die Arbeiter zu den Kosten der Versicherung beitragen müssen.

Die meisten Gruppenversicherungen enthalten für den Fall des Eintretens einer völligen oder teilweisen Erwerbsunfähigkeit vor Erreichung des 60. Lebensjahres die Bestimmung, daß in diesem Falle die Versicherungssumme fällig wird, und entweder auf einmal vollständig oder in bestimmten Raten zu zahlen ist. Im Todesfalle ist die ganze oder die eventuell verbleibende Versicherungssumme den Rechtsnachfolgern des Verstorbenen auszuzahlen. Fast alle Betriebe geben die Möglichkeit, beim Ausscheiden aus dem Betriebe die vom Werk abgeschlossene Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung in eine persönliche Versicherung umzuwandeln. Die Dienstzeit, innerhalb welcher die Versicherung in Kraft tritt, ist in den einzelnen Betrieben verschieden bemessen. Sie schwankt zwischen einem Monat und einem Jahr. Auch die Höhe der Lebensversicherungen ist verschieden und beträgt zwischen 500 und 1000 Dollars. Jedoch kommen zuweilen Summen bis zu 10 000 Dollars vor, hauptsächlich für leitende Beamte oder Personal, das man im Betrieb zu behalten wünscht. Die Versicherungspolicen für Krankheit und Unfall schließen meistens Betriebsunfälle aus. Jedoch wird in der Regel in den Staaten, die keine gesetzliche Unfallversicherung kennen oder bei den Eisenbahnen, die nicht unter diese Gesetze fallen, gegen Zahlung einer höheren Prämie die Versicherung gegen Betriebsunfälle mit aufgenommen. Bei der Kranken- und Unfallversicherung ist vielfach auch ärztliche Hilfe vorgesehen. In vielen Fällen haben die Gesellschaften, bei denen solche gruppenweisen Kranken- und Unfallversicherungen abgeschlossen sind, ärztliche Mitarbeiter, die nicht nur heilen, sondern auch vorbeugen. Ebenso haben diese Gesellschaften angestellte Mitarbeiter zur Bekämpfung der Arbeitsunfälle.

Um ein Bild zu geben, in welcher Weise diese gruppenweise Betriebsversicherung durchgeführt wird, sei nachstehend das in einer **Steingutfabrik** bestehende System dargestellt. Diese Gesellschaft schließt für alle sechs Monate im Betriebe tätigen Arbeitnehmer eine Lebensversiechrung, sowie eine Unfall- und Krankenversicherung ab, und trägt die Kosten dafür selbst. Der Mindestversicherungsbetrag beträgt 500 Dollars und steigt jährlich um 100 Dollars, bis zur Höchstsumme von 1500 Dollars. Wenn der Arbeitnehmer auf Grund einer in der Versicherungspolice genannten Ursache stirbt, wird die Versicherung seinen Rechtsnachfolgern ausbezahlt, und zwar entweder in einer einmaligen Auszahlung der ganzen Summe, oder in Raten, je nach der wirtschaftlichen Lage des Empfangsberechtigten. Wenn ein versicherter Arbeitnehmer vor seinem 60. Lebensjahre dauernd und vollständig erwerbsunfähig wird, wird ihm der Betrag seiner Lebensversicherung ratenweise ausgezahlt. Wenn der Versicherte stirbt, bevor er den ganzen Betrag erhalten hat, steht der Restbetrag seinen Rechtsnachfolgern zu. Ferner erhalten die versicherten Arbeitnehmer bei einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit von mehr als sieben Tagen eine wöchentliche Unterstützung, desgleichen im Falle von Krankheit, wenn sie vom Arzt festgestellt ist, oder von Unfällen außerhalb des Betriebes. Bei Erwerbsunfähigkeit, die durch Versicherung gedeckt ist, erhält der Arbeitnehmer die Hälfte seines durchschnittlichen Wochenlohnes, jedoch nicht unter 8 und nicht über 18 Dollar, wöchentlich. Die Dauer dieser Unterstützung beträgt 26 Wochen.

Was an der Entwicklung der Sozialversicherung in Amerika beachtlich ist, ist nicht so sehr die Tatsache der Versicherung selbst, denn sie ist im Verhältnis zu den mehr als 10 Millionen amerikanischen Arbeitnehmern geradezu unbedeutend. Außerdem lehnt die organisierte Arbeiterschaft diese Art der Versicherung durch den Unternehmer ab, weil sie den Arbeiter vom Unternehmer abhängig macht und seine Freizügigkeit einschränkt. Sie lehnt diese Art der Versicherung auch deshalb ab, weil sie kein soziales Recht schafft. Die organisierte Arbeiterschaft will, daß alle Arbeitnehmer in den Genuß der Sozialversicherung kommen, und das kann nur auf dem Wege der Gesetzgebung erreicht werden. Wir haben allein in Deutschland 19 Millionen Versicherte in der Krankenversicherung, 23 Millionen Versicherte in der Unfallversicherung, und 17½ Millionen Versicherte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Was aber an der amerikanischen Entwicklung für Europa von größter Wichtigkeit ist, ist die Begründung, mit der man die amerikanische Betriebsversicherung durchführt. Es gibt in Amerika keine sozialen, sondern nur wirtschaftliche Gründe für solche Maßnahmen. Zunächst soll die Versicherung dazu dienen, die großen Schwankungen in der Beschäftigtenzahl der einzelnen Betriebe zu beseitigen, d. h. den ungeheuren Arbeiterumsatz zu verringern. Ferner ist diese Art der Versicherung ein Teil des amerikanischen Rationalisierungsprogramms. Man hat erkannt, daß eine Steigerung der Produktion und eine volle Arbeitsleistung nur aus dem freien Willen des Arbeiters erzielt werden kann, und daß dieser freie Wille in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden kann durch soziale Sicherstellung des Arbeiters, die es ihm erlaubt, während der Arbeit sein ganzes Denken auf die Arbeit zu konzentrieren. Ferner will man in Amerika die Reibungen zwischen Kapital und Arbeit auf ein Mindestmaß verringern, um dadurch das technische und organisatorische Rationalisierungsprogramm zu fördern. Diese Gründe werden in Amerika für die Notwendigkeit der Versicherung der Arbeitnehmer angegeben. Sie sind die beste Rechtfertigung der deutschen Sozialpolitik. Es wird in Deutschland von Arbeitgeberseite über soziale Lasten geklagt. Die Tatsache, daß der amerikanische Arbeitgeber sich diese sozialen Lasten freiwillig auferlegt, und zwar im Interesse der Steigerung der Produktion, ist der beste Beweis für die Haltlosigkeit der Klagen über soziale Lasten. Allerdings muß die Konsequenz für Amerika die sein, das System für alle Arbeiter allgemein durchzuführen, und dies ist nur auf dem Wege der Gesetzgebung möglich, wie sie in Europa schon seit langem und fast allgemein besteht.

Otto Bach.

Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Nach dem Hereinbringen der Ernte müßte eigentlich die sommerliche Lebensmittelteuerung im Oktober geschwunden sein, sie hat sich jedoch noch vermehrt, ein Zeichen, daß es weiter aufwärts geht. Wenn schon das Reichsstatistische Amt zu dieser Feststellung kommt, wird es wohl stimmen. Nach ihm beläuft sich die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) für den Durchschnitt des Monats **Oktober** auf 150,2 gegen 147,1 im Vormonat, sie ist demnach um 2,1 v. H. gestiegen. Für diese Steigerung hat die infolge der Heraufsetzung der gesetzlichen Miete erfolgte Erhöhung der Wohnungsausgaben den Ausschlag gegeben. Die anderen Bedarfsgruppen haben Steigerungen geringeren Umfangs aufzuweisen. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913: 100), Ernährung 151,6, Wohnung 125,4, Heizung und Beleuchtung 146,1, Bekleidung 162,3 und für den sonstigen Bedarf, einschließlich Verkehr 185,3.

Die Arbeiterschaft hat sich zu rüsten, damit die steigende Teuerung mittels Lohnkämpfe ausgeglichen werden kann. Sichert euch Rückhalt in den Gewerkschaften.

Vorsintflutliches.

Auf der Industriellentagung in den letzten Wochen ist viel über Qualitätsarbeit gesprochen worden. Die Industriekapitäne haben den Ruf nach Qualitätsarbeit nach jeder Richtung ertönen lassen. Sie haben anscheinend erkannt, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann, daß es notwendig ist, den neuaufkommenden Industrieländern gegenüber eine Waffe in der Qualität der Ware zu haben. Leider haben die Herren vergessen, anzuführen, wie sich in ihren Köpfen die Möglichkeit zu Höchstleistungen darstellt. Sie haben vergessen, zu bemerken, daß zu Höchstleistungen auch noch qualifizierte Arbeiter gehören, die wohl in Deutschland schon in großer Zahl vorhanden sind, aber in viel größerer Zahl noch geschaffen werden müssen. Die Theoretiker haben auch übersehen, ihren Auftraggebern zu sagen, daß höchste Leistungen in qualitativer Hinsicht nur von denkenden geachteten sorgenlos lebenden Menschen erzielt werden können, und daß es notwendig ist, daß die Industriellen vor allem dann auch ihre Anschauungen über den Wert der Arbeiter umstellen müssen. Heut trifft man noch sehr oft Anschauungen, die in jedem Arbeiter nur einen unwillig arbeitenden Menschen sehen, der lediglich den einen Wunsch hat, die Arbeitszeit so schnell wie möglich herumzubringen, einerlei, wie die Arbeit aussieht, und der nur danach trachtet, den Unternehmer auszubeuten und möglichst hohen Lohn zu verlangen.

Derartige Ansichten müssen vor allen Dingen erst einmal revidiert werden. Dazu muß dann die Einsicht kommen, daß Menschen, die Höchstleistungen vollbringen sollen, losgelöst werden müssen von dauernden drückenden häuslichen Sorgen. Es muß ferner anerkannt werden, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben ist, ohne dessen freudige Mitarbeit die deutsche Wirtschaft nicht die Leistungen vollbringen kann, die nach Ansicht der Industriellen vollbracht werden müssen. In der Anschauung, daß Qualitätsarbeit erforderlich ist, gehen wir mit den Unternehmern einig. Aber wir verlangen dann auch die obenerwähnte Anerkennung der Arbeiter als produzierenden Teil der Wirtschaft. Diese Anerkennung wird der Arbeiterschaft heute noch versagt; die Unternehmer sind noch in alte feudalistische Anschauungen befangen, und was für die deutschen Arbeitgeber im allgemeinen zutrifft, das ist leider auch noch bei den Glasindustriellen zu finden. Es scheint sogar, als wenn Weißglasindustrielle Wert darauf legen, das recht deutlich zu demonstrieren. Vor uns liegt ein gedrucktes Schreiben, das wir unseren Lesern einmal zu Gemüte führen wollen, damit sie sehen, wie die Welt sich in einzelnen Köpfen noch darstellt:

Glasfabrik Wilhelmshütte, G. m. b. H., Gräfenroda (Thür.).

Gräfenroda, den .....

Betr. ..... Annonce .....

Bezugnehmend auf Ihre Offerte vom ..... ersuchen wir Sie, umstehende Fragen zu beantworten und die Antworten so ausführlich zu geben, daß wir ein genaues Bild über bisherige Leistungen und Führung erhalten.

Auf Grund unwahrer oder irreführender Angaben sind wir berechtigt, Sie nach eventuell erfolgter Einstellung jederzeit fristlos zu entlassen.

Keinesfalls wollen Sie die Reise nach hier unternehmen, bevor Sie von uns dazu aufgefordert worden sind.

Achtungsvoll

Glasfabrik Wilhelmshütte, G. m. b. H.

Der umstehende Fragebogen sieht folgendermaßen aus:

Fragebogen

der Glasfabrik Wilhelmshütte G. m. b. H., Gräfenroda i. Thür.

Name:	geboren am ..... in .....
Beruf:	heimatszuständig .....
Ledig oder verheiratet:	Anzahl der Kinder: ..... im Alter von ..... Jahren

Bei welcher Firma haben Sie gelernt? .....

Bei welchen Firmen gearbeitet?	als Meister, Gehilfe od. sonstiges?	in der Zeit von	bis
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

In welchen Art ken bezw. Arbeiten sind Sie besonders leistungsfähig?

.....

Gegenwärtige Stellung (Firma)? .....

Aus welchen Gründen verlassen Sie letztere? .....

Sind Sie vollständig gesund? .....

Früher überstandene Krankheiten? .....

Haben Sie Schulden, liegen Pfändungen vor? .....

Früheres Militärverhältnis? .....

Sind Sie bereit, gegen Vergütung der Her- und Rückreise und des tarifmäßigen Lohnes eine 2—4wöchige Probearbeit hier zu leisten? .....

Allgemeine Mitteilungen:

Unterschrift und genaue Adresse:

Ort....., den..... 192 .....

Wer diesen Fragebogen durchsieht, der wird zu der Auffassung kommen müssen, daß ein solcher Bogen sehr gut in die Gesindeordnung hineinpassen würde. Wir fragen: Welches Recht hat die Firma, von eventl. einzustellenden Arbeitskräften die Beantwortung eines solchen Bogens zu verlangen? Ist ihr nicht bei der Aufstellung und Drucklegung des Fragebogens zum Bewußtsein gekommen, daß ein freier Arbeiter sich eine derartige Durchschnüffelung seiner privaten Verhältnisse verbitten muß? Was würde wohl die Firmenleitung sagen, wenn ein Arbeitsuchender an den Direktor einen solchen Fragebogen senden würde, mit dem Ersuchen um Ausfüllung?

Die Frage, so gestellt, klärt die Situation sofort auf. Der Direktor würde bis aufs äußerste empört sein, wenn er solche Fragen beantworten sollte. Und doch hätte auch der Arbeiter

Tut bei den Krankenkassenwahlen Eure Pflicht! Wählt nur die Listen der freien Gewerkschaften!

das gleiche Recht dazu, dasselbe zu tun, was sich die Firmenleitung herausnimmt. Er hätte das gleiche Recht, weil er ein genau so freier Mensch ist, wie die wohllöblichen Leute der Direktion der Wilhelmshütte, und weil er ein ebenso wichtiger Teil im Wirtschaftsleben ist, wie die Inhaber der Fabrikleitung.

Würde die Wilhelmshütte das letztere anerkennen, dann würde sie solche Fragen nicht stellen. Daß sie das doch tut, zeigt, wie in dieser Firma der Arbeiter geachtet wird.

Man setzt also den Glasmacher oder Schleifer unter Bedingungen der Gesindeordnung und dann verlangt man von ihm Qualitätsarbeit. Man fragt ihn, ob er Schulden hat oder ob Pfändungen vorliegen, stellt aber wohlweislich nicht die Frage, wie der frühere Arbeitgeber mit der Arbeitskraft des betr. Arbeiters umgesprungen ist, und ob die Schulden nicht aus der trostlosen Bezahlung hervorgegangen sind, unter der die meisten der Glasarbeiter noch arbeiten müssen. Dann zu den Krankheiten. Masern hat wohl jeder Mensch zu bestehen; sie verlaufen meistens harmlos. Wir wollen annehmen, daß sie auch bei den Leuten von der Betriebsleitung der Wilhelmshütte gut verlaufen sind.

Unsere Kollegen aber fordern wir auf, solche Fragebogen nicht zu beantworten; sie sind das ihrer Würde als Arbeiter schuldig. Es wird sich schon für solche Fragebogen ein Verwendungszweck finden.

Ein aussterbender Industriezweig.

Im schönsten Teile des Fichtelgebirges, in den Orten Warmensteinach, Unterlind und Bischofsgrün, bestand bisher als hervorragender Industriezweig die Perlenglasindustrie. In den kleinen Glashütten mit direkter Holzfeuerung wird das Glas geschmolzen, dann die Masse ausgeschöpft, wieder in kleine Schamottetiegel gelegt, in denen das Glas zum zweitenmal erhitzt und dann zu Perlen vom Glasmacher verarbeitet wird. Das Glas wird in den schönsten Farben geschmolzen, während die Verarbeitung zur Perle in der allereinfachsten Form geschieht. Während der Arbeit ist der Glasofen nur rotglühend, das Glas sehr hart. Die Glasmacher, richtiger Perlenmacher, sitzen um den Ofen vor ganz kleinen Arbeitslöchern. Das Arbeitsgerät besteht aus einem kurzen, runden Glasstab. Mit diesem Stab reißt der Perlenmacher die Glasmasse ein wenig in die Höhe, die Glasmasse ragt dann spitz empor und im nächsten Augenblick dreht der Perlenmacher um den Eisenstab die Perle; wieder wird das Glas emporgehoben, die Perle gedreht, und nachdem der Stab mit 10—15 Perlen überzogen ist, wird er herausgenommen. Vor dem Ofen, zwischen den Füßen oder neben sich hat jeder Perlenmacher einen kleinen Kühltopf zu stehen. Mit einem kleinen Eisen wird dann an den Arbeitsstab geklopft und die Perlen fallen in den Kühltopf. Der Stab wird dann in einen mit Tonwasser gefüllten Behälter gesteckt und der Arbeitsvorgang wiederholt sich. Am Feierabend füllt der Perlenmacher seinen Rucksack mit seinem Produkt, und oft mehrere Stunden hat er bis zu seiner Wohnung zurückzulegen. Daheim aber reihen Frau und Kinder die Perlen auf Fäden, die dann als Glasketten bei exotischen Völkern Absatz finden.

Da die so hergestellte Perle im Innern den Glanz verlor, blieb sie ein minderwertiges Produkt und wurde durch böhmische Glasperlen, die in Massen hergestellt werden, verdrängt; dadurch wurden die Glasperlenmacher erwerbslos. Not macht erfinderisch. Industrielle und Arbeiter sannen nach neuen Absatzgebieten. Die Perlen reihte man auf Drahtgestelle, in mannigfacher Farbenzusammenstellung, die dann als Unterlagen für Kaffee- und Teekannen benutzt, eine Beschädigung des Tisches verhüteten. Aber auch diese Absatzquelle wurde durch die billigere und schönere Holzperle verdrängt. Der wirtschaftliche Niedergang setzte erneut ein, und die Arbeiter wurden zur weiteren, recht langen Arbeitslosigkeit verurteilt. Die Krise weicht nicht mehr, seit langer Zeit liegen die Betriebe still und unsere Kollegen haben dauernde Arbeitslosigkeit zu ertragen. Die Arbeitslosenunterstützung ist abgelaufen, und neue Arbeit findet sich nicht. In den schönen Tälern des Fichtelgebirges bietet sich keine Arbeitsgelegenheit. Die Arbeiter an andere Orte zu verpflanzen, ist sehr schwer, denn sie sind an die Scholle gefesselt. Ein kleines Anwesen ist gewöhnlich ihr Eigentum. Wenn auch die darauf ruhenden Schulden oft größer als der reale Wert des Anwesens sind, so ist es doch vom Vater ererbt, und mit großer Liebe hängen die Perlenmacher an ihrem Eigentum. Die Hütten stehen bereits den ganzen Sommer still, der Winter naht, Not und Sorge pochen an die Fenster der Perlenmacher; grauenhaft liegt die Zukunft vor der so überaus fleißigen Arbeiterschaft. Zudem tritt, daß alle die Perlenmacher mit irgendwelchem Grundbesitz, und wenn dieser auch noch so verschuldet ist, von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen wurden.

Unser Gauleiter, Kollege Dirschel, hat die Regierung für die so entsetzliche Lage dieser Arbeitsschichten zu interessieren versucht, aber leider mahlen die Regierungsmühlen sehr langsam. Hier handelt es sich um einen untergehenden Industriezweig, um eine bisher sehr fleißige Arbeiterschicht, die von der äußersten Not bedrängt wird, und ein schnelles sofortiges Eingreifen wäre die höchste Pflicht einer weisen Staatsregierung.

Die Organisation hat ihre Aufgaben gelöst; alle unsere Kollegen, soweit sie nach den Bestimmungen des Statuts zu unterstützen waren, wurden unterstützt, aber darüber hinaus kann nicht gegangen werden, denn das Statut ist unser oberstes Gesetz, das immer beachtet werden muß.

Selbst wenn die jungen, nicht an die Scholle gebundenen Arbeiter den Bezirk verlassen, wird es nur schwer für sie sein, in anderen Bezirken Arbeit zu finden, denn die Arbeitslosigkeit ist noch immer sehr groß. Würden die Glasindustriellen bessere Löhne für die ledigen Hilfskräfte zahlen, so daß die Existenz gesichert wäre, dann bestände die Möglichkeit, einen Teil der unverheirateten männlichen und weiblichen Arbeitskräfte aus der völlig daniederliegenden Glasindustrie des Fichtelgebirges in andere Teile des Reiches mit großer Glasindustrie unterzubringen.

Nur sehr schwer wird sich eine neue Industrie in jenen Bezirk verpflanzen lassen, denn es fehlt an den Vorbedingungen, um die Industrie lebensfähig zu gestalten. In 1½stündiger Bahnfahrt ist Warmensteinach von Bayreuth aus erst zu erreichen, so daß mit erhöhten Frachtsätzen gerechnet werden muß.

Die Organisation der Arbeiter wird sich um ihre Mitglieder weiter bemühen, aber in erster Linie ist es die Pflicht der Landesregierung, helfend einzugreifen, um die Arbeiterschaft vor den Gefahren des Winters zu sichern. Es fehlt nicht allein an Nahrung, vor allen Dingen Kleidung, Schuhzeug, Feuerung; kurzum, es fehlt an allem, was zum Lebensunterhalt gehört. Wir wollen hoffen, daß sich die Regierung ihrer hohen Verantwortung bewußt ist.

Girbig.

Zur Beachtung!

Köpenick. In der Glasfabrik Marienhütte steigern sich die Schwierigkeiten der organisierten Arbeiterschaft mit der Direktion. Neuerdings werden auch gewerkschaftliche Vertrauensleute gemaßregelt. Unsere Organisation und ihre Abteilung, der Keramische Bund, wird die scharfmacherischen Maßnahmen der Betriebsleitung nicht als gegeben hinnehmen und warnt vor Zuzug! Die Kollegenschaft der Glasindustrie wird gebeten, darauf zu achten.

Der Riese.

Aus dunklen Tiefen
tagempor,
sonnenhungrig
ringt ein Riese.
Seine Schläfen
von Schweiß.
Mühsalheiß
durchs Trümmertor,
quaderwälzend,
schicksaltrotzig bricht er sich Bahn.
Ehern die Stirn,
Muskeln von Stahl,
in seinen Adern kreisen
der Menschheit Sehnsucht und Qual.
Aus seinen Augen zucken
unlöschliche Strahlen des Lichts,
und ob sie mit goldenen Händen
ihn niederdrücken und schänden,
der Riese läßt sich nicht ducken
und wächst mit gewaltigen Rucken
aus dem verachteten Nichts.

Organisationswunder in Amerika.

In der „Frankfurter Zeitung" berichtet ein junger, ins Dollarland gewanderter Deutscher folgendes:

Wie ich schon verschiedentlich mitgeteilt habe, waren die letzten Monate sehr schwer für mich, da ich keine richtige Stellung finden konnte. Endlich gelang es mir, in Konnex mit der M. Corporation zu kommen. Nach mehrmonatigem Vorbereitungskursus im Versicherungswesen und gutbestandenem Abschlußexamen wandte ich mich an den Manager X., um in den Außendienst zu kommen, weil man da mehr Geld verdienen kann als in jahrelanger Büroarbeit. Mr. X. wollte mich mit vielen Einwänden entmutigen, ich erklärte ihm aber mit Bestimmtheit: „Entweder Sie haben die Stellung, oder Sie haben sie nicht. Also versuchen Sie nicht, mich zu entmutigen, denn das wird Ihnen nicht gelingen. Sie sind gewiß der letzte, der mich hindern wird, mein Ziel zu erreichen."

Ich bekam Angst vor meiner eigenen Courage, aber es half und ich hatte die Stellung. Als ich nun bei einem Meeting der Bezirksvertreter vorgestellt wurde, hielt der Manager ungefähr folgende Rede: „Ehe wir heute zu unseren laufenden Geschäften kommen, habe ich die Ehre, Ihnen einen jungen Mann vorzustellen, der mir von Mr. J. F. jun. empfohlen wurde. Aber Sie wissen, daß mich das nicht im geringsten beeinflussen kann in meiner Wahl, denn ich gebe prinzipiell nichts auf Empfehlungen, und wenn sie selbst vom Sohn des Präsidenten kommen. Außerdem bin ich ja auch in der Wahl meiner Leute vollständig unabhängig. Aber passen Sie mal auf, der Grund, weswegen ich ihn nahm, obwohl er jünger ist als Sie alle und nicht einmal verheiratet und außerdem Ausländer ist, ist folgender: Er bot sich mir an, ließ sich durch nichts abschrecken und scheint Nerven von Stahl zu haben. Er hat mich direkt angeschmanzt, als wenn nicht ich, sondern er der Chef wäre. Und ich sage Ihnen, das ist einer von den Kerlen, die zur Hintertür wieder hereinkommen, wenn man sie vorne hinausgeworfen hat. Nebenbei bemerkt ist er Deutscher, na, und Sie wissen ja, wie dickköpfig und verbissen diese Leute sind, wenn sie ein Ziel haben. Ich stelle Ihnen also Mr. K. vor. Give him a cheer!" Mächtiger Radau, Händeklatschen, Beifallgeklopper mit den Pultdeckeln wie in der Universität. Ich war eingeführt.

Lebensversicherung für Arme.

Zum besseren Verständnis meiner Tätigkeit muß ich noch etwas über das amerikanische Versicherungswesen sagen. Es gibt hier eine sogenannte industrial insurance. Das ist eine Lebensversicherung, die wöchentlich in kleinen Raten bezahlt wird. Sie kommt hauptsächlich für ärmere Leute in Betracht, die damit die Kosten der letzten Krankheit und des Begräbnisses bezahlen. Aber wenige Leute nur haben so beschränkte Mittel, daß sie gerade noch dazu reichen; die meisten zahlen mehr für ihre Versicherung, als man denken sollte. Ein Arbeiter, der nur 5 Cent wöchentlich zahlt, ist bei einem Alter von 25 Jahren mit 95 Dollar im Sterbefalle versichert, bei 25 Cent wöchentlich mit 480 Dollar. Das sind schon sehr schöne Summen, wenn man bedenkt, das jeder 25 Cent in der Woche ersparen kann. Die Sache ist so aufgebaut, daß jeder Agent eine bestimmte Straße hat, in der er jede Woche die kleinen Versicherungen einkassiert, bei dieser Gelegenheit mit seinen Kunden in näheren Konnex kommt und ihnen immer mehr Versicherungen verkauft, Beziehungen zu der Nachbarschaft anknüpft und immer neue Leute bekommt. Ich habe also ein Buch mit den Namen von 300 Leuten, die alle genau wissen, daß ich am Montag oder Dienstag zu einer entsprechenden Stunde da sein werde, um das Geld einzukassieren. Ich muß wie ein Uhrwerk arbeiten, muß genau wissen, welche Leute arbeiten und nur abends zu erreichen sind. Also an diesen zwei Tagen oder meistens noch Mittwoch früh gehe ich einkassieren, und zwar von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Dafür bekomme ich ein festes Gehalt von wöchentlich 25 Dollar. Während der anderen Tage versuche ich, neue Leute zu bekommen und kassiere das Geld von den „faulen Köppen" ein. Für jeden Dollar Versicherung, den ich abschließe, bekomme ich 28 Dollar, denn die Gesellschaft erhält ja im Laufe des Jahres 52 Dollar und so fortlaufend. Außerdem kann ich noch hingehen, wohin ich will und größere Versicherungen abschließen, die jährlich oder halbjährlich bezahlt werden. Ich bekomme in solchen Fällen 25 v. H. von der ersten Jahresprämie, 8 v. H. für das zweite Jahr und 3 v. H. für das dritte Jahr. Die Provision für die großen Versicherungen von 1000 Dollar ab ist sofort nach Abschluß für mich fällig, während ich meine Provision für die kleinen Versicherungen erst nach drei Monaten immer auf der Basis der vorangegangenen drei Monate bekomme.

Nun wäre das alles ganz schön, wenn nicht manche Leute plötzlich die Idee bekommen würden, daß sie keine Versicherung mehr haben wollen. Dann werden mir für jeden Dollar der gestrichenen Versicherung meines Bezirks 28 Dollar von meiner Provision in Abzug gebracht, gleichgültig ob ich selbst die Versicherung abgeschlossen habe oder mein Vorgänger oder ein Agent in San Francisco. Ich muß mich also bemühen, um vor Schaden geschützt zu sein, nur sichere Leute anzunehmen. Verluste sind aber nicht zu verhindern, denn es gibt immer Familien, die stets im Druck sind oder einfach das Geld verkaufen.

Der Versicherungsagent.

Mein Bezirk ist die ganze ...ste Straße von der Fünften Avenue bis zum Hafen, ungefähr die Entfernung wie vom Nollendorfplatz bis zum Olivaer-Platz. Haus für Haus, treppauf, treppab; jedes Haus hat Leute, die bei uns versichert sind. Jeder dritte Einwohner von Neuyork, jeder sechste Mensch in den Vereinigten Staaten. Ich habe nun insofern Glück, als in meiner Straße nicht allzu viel Ausländer wohnen, meistens das gute irisch-amerikanische Element, sehr saubere und nette Leute, zuverlässig und kultiviert. Ein Haus mit Negern, die sehr lieb sind und die man stets an den Tod erinnern muß, da sie sehr abergläubisch sind, viel lieber sonst ihr Geld in Tanzlokalen oder Putz anlegen. Im großen ganzen sind sie aber sehr sicher. Dann habe ich eine Reihe Spanier, die ich alle ermorden könnte, weil sie so dreckig und unzuverlässig sind. Ich schließe keine

Konferenz der Betriebsräte der Firma Villeroy & Boch.

Ein seit langem gehegter Wunsch der Arbeiterräte der Betriebe von Villeroy & Boch, einmal zusammen zu kommen, fand am 16. 10. 1927 im Volkshaus zu Leipzig Verwirklichung. Zirka 7000 in diesen 8 Betrieben beschäftigte Arbeiter fanden ihre Vertretung durch die Vorsitzenden des Arbeiterrates resp. Arbeiterausschusses. Daneben waren noch eine Anzahl Zahlstellenvertreter, Gauleiter und Vorstandsmitglieder anwesend. Allseitig begrüßt wurde die Tatsache, daß es das erstemal möglich war, mit den Kollegen aus dem Saargebiet, die ihre Arbeiterausschußvorsitzenden entsandt hatten, in Fühlung zu kommen. Der Anstoß zur Konferenz kam von den Kollegen in Dresden und Deutsch-Lissa. Da die Werke der Firma, soweit sie im unbesetzten Gebiet liegen, zu einer A.-G. zusammengeschlossen sind, sind seit einigen Jahren die Betriebsräte im Aufsichtsrat der A.-G. vertreten. Bei vielen Kollegen hat aber eine falsche Auffassung von dem Einfluß der Arbeitermitglieder im Aufsichtsrat Platz gegriffen. Der Aufklärung nach dieser Richtung und gleichzeitig dem Austausch über die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse der einzelnen Betriebe sollte die Konferenz dienen.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Tätigkeit der Betriebsräte im Aufsichtsrat", führte Kollege Adler-Hannover etwa folgendes aus: Seit dem 15. 2. 1922 haben wir entsprechend dem § 70 BRG. das Gesetz über Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Bei Schaffung desselben haben sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien alle Mühe gegeben, zu verhindern, daß der Einfluß der Arbeiter in den Aufsichtsräten irgendwelche Bedeutung gewinnt. Das Gesetz sollte eine Dekoration sein. Sie wollten durchsetzen, daß nur dann die Arbeitervertreter zu den Sitzungen zuzuziehen seien, wenn Arbeiterangelegenheiten zur Sprache kommen. Tatsächlich haben auch eine ganze Reihe von Arbeiterratsmitgliedern im Aufsichtsrat sich verführen lassen, einen sogenannten sozialpolitischen Ausschuß zu bilden, wobei die kapitalistischen Vertreter im Aufsichtsrat den Zweck verfolgen, die Betriebsratsmitglieder von ihren eigentlichen Aufgaben fernzuhalten.

Der Aufsichtsrat ist eine Kontrollinstanz (§ 246 HGB.), die Geschäfte führt nach § 231 HGB. der Vorstand. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat müssen vor allen Dingen in der Lage sein, eine Bilanz zu lesen. Ist diese undurchdringlich, so haben sie das Recht, Aufschluß zu verlangen über die ihnen nicht klar werdenden Positionen. Allerdings dürfen sie auch ihnen bekannt werdende Dinge, die ihrer Natur nach der Gesellschaft schaden können, nicht zur Kenntnis der Oeffentlichkeit bringen. Obwohl die Betriebsratsmitglieder sich nicht abhalten lassen dürfen, die Interessen ihrer Mandatgeber wahrzunehmen, müssen sie doch andererseits bedenken, daß sie in den oben angeführten Fragen stets § 100 beachten müssen. Es ist darum unangebracht, fortgesetzt neue Kollegen mit der Ausübung solch wichtiger Aemter zu betreuen. Besonders im Hinblick auf die im § 249 HGB. ausgesprochene Schadenhaftung der Aufsichtsräte ist Beachtung des vorstehenden Satzes wichtig. Redner gibt hierzu Beispiele.

Ueber die Teilnahme unserer Kollegen an den Generalversammlungen der Gesellschaften führte Referent aus, daß das Bemühen unserer Kollegen dahin gehen muß, an diesen teilnehmen zu können. Leider ist das Gesetz in dieser Richtung nicht ganz klar. Die angerufenen Instanzen haben die Frage unterschiedlich beurteilt. Nachdem Kollege Adler die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes näher erläutert, betont er, daß nur erfahrene Gewerkschafter in der Lage sind, die Interessen ihrer Kollegen wirksam zu vertreten. Niemals wird ein unorganisierter Betriebsrat in dieser Körperschaft irgendwelchen Einfluß gewinnen können. Er warnt die Kollegen, alle möglichen und unmöglichen Dinge dem Vertreter der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat zwecks Vorbringung dort zu übermitteln. Das führt nur zu einer unnötigen Verzögerung der Regelung solcher Fragen und trägt im übrigen nicht dazu bei, das Ansehen unserer Vertreter im Aufsichtsrat zu stärken.

Insbesondere ist die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Sache der Gewerkschaften, und es ist ganz abwegig, den Vertreter der Arbeiterschaft im Aufsichtsrat mit solchen Fragen zu belasten.

Am Schluß seiner Ausführungen verwies Adler darauf, daß es im Interesse der Einzelbetriebsräte liege, den Verkehr untereinander über die Zahlstellen der Organisation zu leiten.

Panno-Dresden schilderte die Position des Aufsichtsratsmitgliedes aus dem Betriebsrat im Konzern Villeroy & Boch. Er führte Klage darüber, daß die Betriebsräte einiger Betriebe glauben, daß er Fragen des Dienstvertrages und der Tarifverträge in den Sitzungen des Aufsichtsrates zur Sprache bringen solle, und verwies auf die hierfür in Betracht kommenden Instanzen. Er warf die Frage auf, ob er berechtigt ist, Erstattung der Kosten zu verlangen, wenn er den Betriebsräten der einzelnen Werke Bericht erstatte. Dem Wunsche der Vertreter anderer Betriebe, einen Gesamtbetriebsrat zu bilden, könne nicht entsprochen werden, da die Betriebe nicht in einem Wirtschaftsbezirk, sondern geographisch weit auseinander lägen. Teilnahme an der Generalversammlung sei nicht in allen Fällen möglich gewesen. Bei einer der letzten Aufsichtsratssitzungen hat die Frage des Verschwindens eines ganzen Teiles der Produktion eine große Rolle gespielt. Er fragte ferner, wie die Möglichkeit bei Nichtbeteiligung einer Gruppe an der Wahl sei, den 2. Sitz durch die andere Gruppe in Anspruch zu nehmen? Zum Schluß betonte er, daß der Arbeiterrat in Dresden mit Auskunft über am Platze bestehende Lohn- und Arbeitsbedingungen, durch Erfahrung gewitzigt, vorsichtig geworden sei. Einem Wunsche von Deutsch-Lissa nach einheitlichen Löhnen könne nicht Rechnung getragen werden, da es sich in einem Teil der Betriebe um feinkeramische, zum anderen um grobkeramische Betriebe handele.

Apel-Keram. Bund betonte, daß es in einem Falle, und zwar in Rudolstadt, gelungen sei, ein obsiegendes Urteil in der Frage der Erstattung der Kosten für Berichterstattung des Aufsichtsratsmitgliedes in den angeschlossenen Betrieben zu erreichen.

In der Debatte kamen noch zu Worte die Kollegen Weber-Dänischburg, Uckert-Torgau, Holtorf-Bonn, Gottdang-Mettlach, Wagner-Merzig, Hermstein-Deutsch-Lissa, Schwenke-Dänischburg, Freistadt-Bonn, Dobisch-Saarbrücken, Miertschke-Dresden. Mit Ausnahme der Kollegen Freistadt und Miertschke werden von den Kollegen in der Hauptsache Fragen der Arbeitsordnung und des Tarifvertrages angeführt, wobei die Bemerkung nicht unterbleiben darf, daß gerade diese Dinge sowohl im Referat des Kollegen Adler, als auch durch die Ausführungen Pannos gekennzeichnet waren als solche, die sich nicht eignen, auf einer Aufsichtsratssitzung behandelt zu werden.

Kollege Adler-Hannover erwähnte in seinem Schlußwort, daß die Aussprache gezeigt habe, daß die Zusammenkunft der Betriebsräte des Konzerns von Villeroy & Boch sehr notwendig war, und daß eine Wiederholung für die Kollegen von größtem Vorteil sei. Auch er stelle fest, daß unsere Kollegen in den einzelnen Betrieben viel falsche Auffassungen über die Aufgaben des Aufsichtsratsmitgliedes aus Arbeitnehmerkreisen haben. Viele der vorgebrachten Beschwerden hätten an den Keramischen Bund gerichtet werden müssen. Anderes sei durch die Gewerbeinspektion zu erledigen gewesen, und bei Versagen derselben hätte Beschwerde an die in Frage kommenden Regierungsstellen gerichtet werden müssen. Wenn die Betriebe Berichterstattung des Aufsichtsratsmitgliedes wünschen, so wird die Frage der Notwendigkeit dieser Berichte auf dem Arbeitsgericht eine gewisse Rolle spielen. Ein Gesamtbetriebsrat ist bei der Firma laut Gesetz nicht möglich, da die Betriebe nicht in einem Wirtschaftsgebiet liegen.

Unsere Betriebsratskollegen müßten viel mehr als bisher Wert legen auf ihr Recht der Auskunft an Betriebsräte seitens der Betriebsleitung (§ 71 BRG.) und Vorlegung der Bilanz (§ 72 BRG.). Die Teilnahme an den Generalversammlungen der Gesellschaften muß unter Umständen bei Verweigerung am Arbeitsgericht erstritten werden. In der Frage, ob ein 2. Mitglied aus der Arbeitergruppe bei Nichtinanspruchnahme seitens der Angestelltengruppe in den Aufsichtsrat delegiert werden kann, bemerkte Adler, daß dann die Zustimmung der Angestelltengruppe zur gemeinsamen Wahl vorhanden sein muß. Für das Saargebiet gelten leider die Bestimmungen der nachkrieglichen Gesetze, so lange die Verwaltung durch die Saarkommission besteht, nicht, doch haben die Kollegen auch dort einige Möglichkeiten, auf Grund der GO., des BGB. und des Hilfsdienstgesetzes, sich gegen die Machenschaften der Arbeitgeber zu wehren.

Zum 2. Punkt: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie das Organisationsverhältnis in den Betrieben der Firma Villeroy & Boch", nahm der Kollege Apel-Charlottenburg das Wort. Er behandelte zunächst eine von der Bundesleitung Charlottenburg aufgenommene Statistik, aus welcher hervorgeht, daß leider in einer ganzen Reihe Betriebe das Organisationsverhältnis noch recht viel zu wünschen übrig lasse. Soweit das Saargebiet in Frage komme, machten verschiedene Umstände dies begreiflich. Anders liegen aber die Dinge, soweit die Betriebe im Reichsgebiet in Betracht gezogen werden. Bezüglich der Verträge, unter die die Kollegen in den einzelnen Betrieben fallen, betonte er, daß ja die Betriebe Dresden, Bonn und Torgau dem feinkeramischen Tarif unterstehen. In Dänischburg bestehe ein Tarif zwischen der Organisation und der Firma, der, soweit die Löhne in Frage kommen, als nicht ungünstig bezeichnet werden kann. Der Manteltarifvertrag sei noch nicht zum Abschluß gekommen. Deutsch-Lissa habe gleichfalls einen Werkstarifvertrag mit der Organisation. Hier seien die Löhne in Anbetracht der schlesischen Verhältnisse nicht als so günstig zu bezeichnen. Ein Hemmschuh sei das allgemeine Lohnniveau in Schlesien. Soweit die Betriebe von Villeroy & Boch im Saargebiet in Frage kommen, befinden sich die Inhaber nicht im Arbeitgeberverband. Der feinkeramische Tarif ist im Laufe seines Bestehens, nunmehr 7 Jahre, derartig ausgestaltet, und gibt so deutlich ein Zeichen für die organisatorischen Verhältnisse in der Industrie, trotzdem kann man aber sagen, er bringt unseren Kollegen nicht die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Leider ist er in den letzten Jahren mehr und mehr Schlichtungsergebnis geworden. Das beweist auch das Arbeitszeitabkommen und die manchen Bezirken des deutschen Wirtschaftsgebietes nicht entsprechenden Löhne. Im allgemeinen, muß aber gesagt werden, ist die Einteilung des gesamten Reiches in 4 Lohnklassen so getroffen, daß die in der Hauptsache auf dem flachen Lande liegenden Betriebe ganz wesentliche Vorteile genießen. Auch die Streitigkeiten aus dem Vertrage werden in Zukunft eine Erledigung erfahren, die mehr als bisher den Anforderungen unserer Kollegen Rechnung trägt. Da die Gauschiedsämter einen Unparteiischen aus den Kreisen der beamteten Arbeitsrichter erhalten müssen und der Vorsitzende des Oberschiedsamtes der Landesschlichter Böhm von Bayern ist. Daß der Vertrag für die feinkeramische Industrie den Kollegen zum Vorteil gereichen kann, beweist eine im vorigen Jahre aufgenommene Statistik des Betriebes in Dresden, wo es die Kollegen verstanden haben, über den Wortlaut des Vertrages hinaus, den Geist desselben zum Leben zu bringen. Mehr und mehr müssen wir in den Vordergrund rücken, daß in den Tarifen Mindestabmachungen festgelegt sind, und daß niemand behindert ist, bessere Vereinbarungen herbeizuführen.

Kollege Dobisch-Saarbrücken führte daraufhin aus, daß ja die Saar-Arbeiterschaft bekanntlich dem Versailler Vertrag unterstellt ist und daher kein solches Vertragsverhältnis hat wie im Reiche. Gefährlich ist diese Tatsache im Hinblick auf die erbärmlichen Löhne, die gezahlt werden, und dadurch, daß 80 Proz. der Erzeugnisse auf den deutschen Markt gehen und der deutschen Produktion Konkurrenz machen. Die Verträge im Saargebiet sind stehen geblieben, wo sie 1919 standen. Es gibt kein Schlichtungsverfahren in dem Sinne wie im Reich. Man muß sich noch mit dem Hilfsdienstgesetz aus der Kriegszeit behelfen. Mehr als wie im Reiche wäre eigene Kraft zur Verbesserung der Lebenslage erforderlich. Der Wille zum Fortschritt scheitert aber an dem trostlosen Organisationsverhältnis.

Es ist im Vertrag ein Urlaub bis zu 7 Tagen festgelegt, es gibt weder Preis- noch Defektkommission. Es werden ganz unglaubliche Strafen von den Betriebsleitungen festgesetzt, keine Klagen sind möglich, die Akkordpreise werden vom Unternehmer willkürlich festgesetzt, trotzdem die Haustarife auch von den Organisationen mit gebildet worden sind. Die eingeschüchterte Arbeiterschaft hat im Grunde nur Interesse für die Lohnfrage. Ein Krebsschaden im Saargebiet ist die christliche Organisation und der Einfluß der Geistlichkeit, die oftmals durch Verweigerung der Beichte die aufgenommenen Mitglieder zum Verlassen der Organisation zwingt, ein sehr beachtenswerter Faktor bei der religiösen Einstellung der Arbeiterschaft. Die Lebenshaltungskosten im Saargebiet sind bei weitem nicht um so viel Prozent niedriger, als wie sich die Löhne unter dem durchschnittlichen Reichsniveau bewegen. Es sind zwar Zölle an der Saargrenze nach dem Reich festgelegt, doch werden diese von der deutschen Reichsregierung getragen, so daß hierdurch den Arbeitgebern noch ein weiteres Geschenk in die Tasche fließt.

Kollege Dobisch-Saarbrücken appellierte an die Kollegen im Reiche, mit den Saarländern zu arbeiten und ihnen zu helfen. Sie selbst wollen arbeiten, ohne zu klagen, um etwa das Mitleid der Reichsdeutschen in Anspruch zu nehmen, nur durch die Mitarbeit der Kollegen im Reiche kann erzielt werden, daß die Trennung der Betriebe von Villeroy & Boch nicht zu einer Gefahr für die sich im Reiche befindlichen Betriebe auswirkt.

Kollege Griesbach-Dresden rückte im besonderen, im Hinblick auf die vorstehenden Ausführungen, Wesen, Werden und Wirken des Tarifvertrages in den Vordergrund, erinnerte an die Zeiten, als die Tarifverträge der feinkeramischen Arbeiterschaft als ein schwer erreichbares Ziel vorschwebten.

Von außerordentlichem Interesse für die Anwesenden waren die Ausführungen unserer Kollegen aus dem Saargebiet.

Die Kollegenschaft im unbesetzten Gebiet, die oftmals das erlaubte Maß der Kritik wesentlich überschreitet, wenn die Rede auf die durch den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit geschaffenen Gesetze und Verordnungen kommt, hätte hier einmal von Berufenen hören können, wie die Arbeiterschaft ohne diese Dinge auskommen muß und kann. Kein vernünftiger Arbeitervertreter wird behaupten wollen, daß die Dinge uns voll befriedigen können. Andererseits dürfen aber die wesentlichen Fortschritte nicht geleugnet werden, und muß an Stelle eines nutzlosen Herunterreißens die vernünftige Kritik und Mitarbeit an der Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft treten.

Auch zu diesem Punkt fand eine eingehende Aussprache statt.

Kollege Apel-Charlottenburg faßte im Schlußwort die Diskussion noch einmal zusammen und wies auf einige günstige Urteile der Gauschiedsämter in der letzten Zeit hin und versprach den saarländischen Kollegen die Solidarität der Kollegen aus dem Reiche, soweit sie in unseren Kräften steht. Auch für die Saarländer entstehen durch die Verschmelzung Vorteile, die sich früher oder später auswirken werden. Mit aufeuernden Worten an die Betriebsräte, weiter zu arbeiten, und dort, wo Verbesserungen möglich sind, das Beispiel anderer zu benutzen, das heutige Kennenlernen vor allen Dingen zur ständigen Fühlungnahme auszuwerten und für Stärkung der Organisation an den einzelnen Orten zu sorgen, schloß der Kollege Adler in der Hoffnung auf baldiges Wiedersehen die Konferenz.

Versicherungen mehr mit ihnen ab, auch wenn sie darum einkommen, denn eines schönen Tages zahlen sie nicht mehr, dampfen nach Portoriko oder Argentinien ab, und ich habe den Verlust.

Sehr viel hilft mir unter anderem die spezielle Wohlfahrts-Abteilung meiner Firma mit. Man ist natürlich daran interessiert, daß die Leute lange leben und gesund sind, denn diese Versicherungen werden ohne ärztliche Untersuchung abgeschlossen. Wir haben also einen sogenannten „Nursing-Service". Wir haben 300 Krankenschwestern, die jedem dieser kleinen Policeninhaber unentgeltlich Krankenpflegedienst erweisen. Ich verteile Gesundheitsliteratur, Belehrungen über Krankenpflege und Hygiene in 17 verschiedenen Sprachen. Ich muß wissen, daß Mrs. Murphy ein Kind erwartet und sie darauf aufmerksam machen, daß sie das Recht hat, die ... Krankenschwester zu rufen. Diese kommt zweimal im Monat vor der Geburt und einmal wöchentlich nach der Geburt des Kindes. Der kleine Mc. Garrey hat sich mit heißem Wasser verbrüht, der Arzt hat ihm einen Verband gemacht. Die Krankenschwester kommt zweimal täglich, um den Verband zu erneuern, alles kostenlos. Sie trägt Uniform mit der gelbblauen Kolorie unserer Gesellschaft. Einen schrecklichen Fall hatte ich gestern. Ein bildschöner Indianer, der Schwiegersohn und erst eine Prämie bezahlt hatte, verunglückte tödlich. Ich kenne die Frau, eine reizende kleine Irin, die immer stolz auf ihren schönen Vollblutindianer war und überdies in einer rührenden Ehe lebte. Den Unfall hatte ich in der Zeitung gelesen und gestern schon den Bericht gemacht. Heute abend, am Sonntag, gehe ich hin, um die Unterschrift der Frau zu holen, ganz sende ich den Bericht per Expreß an die Zentrale. Morgen früh um 9 Uhr werde ich ihr den Scheck hintragen, 962 Dollar sind immerhin schon etwas für die eingezahlten 25 Cent. Natürlich weiß der ganze Block davon, für genügende Reklame werde ich sorgen und sicher einige Versicherungen abschließen.

Ein anderer Fall: Toni Giannitelli ist vor fünf Jahren aus Neapel gekommen, Hafenarbeiter, ehrlich und arbeitsam. Ich habe trotz Schwierigkeiten, mich mit ihm zu unterhalten, weil er kein Englisch spricht. Vorige Woche habe ich ihn mitgenommen und ihn in der Abend-Schule in derselben Straße, wo ich persönlich alle Lehrer kenne, untergebracht. Ich habe ihm das Buch unserer Versicherung „How to become a good American" (Wie man ein guter Amerikaner wird) gegeben, in dem ihm auf Italienisch gesagt wird, wie gut es ist, Englisch zu können, und was er alles tun und wieviel Geld er verdienen kann, wenn er erst einmal Englisch kann. Sein Bruder, der schon zehn Jahre hier ist, ist noch immer nicht Bürger. Ich lasse einen Mann aus dem Einwanderungsdienst kommen, der ihn zum Gericht schleppt und als Zeuge für seinen Bürgereid dient.

Wenn jemand einen Verwandten aus Europa erwartet, schickt unsere Gesellschaft den Hafen-Agenten der Firma ans Schiff, der ihn an den Zug bringt. In Chicago oder sonstwo erwartet ihn der dortige Versicherungsagent, der seine Sprache spricht, und bringt ihn sicher zu seinen Verwandten, die vielleicht nur für 25 Cent versichert sind. In Pennsylvania ist eine deutsche Gemeinde, der dortige Agent, wahrscheinlich auch ein Deutscher, berichtet, daß die Leute gerne Englisch lernen wollen, daß aber dort keine Abend-Schule ist. Die Versicherung mietet einen Raum und sendet einen Lehrer hin, welcher kostenlos englischen Unterricht erteilt, auch wenn sie nur mit 10 Cent versichert sind.

Der Agent Smith hat sich erkältet und hat eine Lungenentzündung bekommen. Die Versicherung schickt ihn in das beste und modernste Lungenheilinstitut der Welt, unterhalten von der Versicherung auf dem Gipfel des Mount Mc. Greger in den Adirondacksbergen.

Zahnweh und Grippe.

Ich hatte vor einiger Zeit sehr starke Zahnschmerzen, ging in das Zentralbüro, 24. Stockwerk, Zahnärztliches Institut, erhielt kostenfreie Röntgen-Aufnahme meiner Zähne und ärztlichen Bericht, was zu tun sei. Diesen Bericht nahm ich dann zu meinem Zahnarzt mit. Als ich noch im Zentralbüro arbeitete, hatte ich eines Tages eine starke Erkältung und hustete. Mein Sektionschef sieht und hört das: „Mr. K.... einen Augenblick bitte! Ich sehe, Sie haben eine starke Erkältung. Wäre es nicht besser, Sie würden mal hinunter in die ärztliche Abteilung gehen, vielleicht haben Sie eine Grippe?" Ich: „O nein, das ist sicher nur eine ganz gewöhnliche Erkältung." Er: „Na, schön, mich geht es nichts an, seien Sie nur nicht unvorsichtig." Also gut, ich gehe hinunter. 30 Aerzte und 75 Krankenschwestern sind in der Angestellten-Beratungsstelle. Da sitzt eine Köchin aus unserer Kantine, ein Schneider aus unserer Schneiderwerkstatt, Fensterputzer, Dutzende von Jungen und Mädeln. Ihr Name gefällig? Schon hat man meine Kartothekkarte heraus, und ich setze mich auf die Bank zu den anderen Wartenden. Eine Schwester kommt vorbei mit einem Haufen Thermometer. Jeder bekommt eins in den Mund, ob er sich nun die Zehe gequetscht oder Bauchschmerzen hat. Es ist ja immer interessant, die Temperatur der Menschen zu kennen.

Nach zwei Minuten werde ich nach Zelle 13 beordert. Ein sauberer Raum, ganz weiß, je nach Geschlecht ein Arzt oder Aerztin. Ich muß mich ausziehen, werde abgehört, der Blutdruck wird gemessen. All right! Ich setze mich wieder auf die Bank. „Mr. K..., in den Medikamenten-Raum bitte!" Ich erhalte einen Papierbecher, in welchem irgendetwas in Wasser aufgelöst ist. Es schmeckt wie Aspirin. Man gibt mir eine Schachtel... Tabletten, weiß der Teufel, was da drin ist! „Bitte, berichten Sie in zwei Tagen", wird mir noch gesagt. Ich dachte, da könnt Ihr lange warten, mein Schnupfen war schon längst gut. Aber der Mensch denkt, und die... Corporation lenkt! Um 12 Uhr klingelt mein Telephon: „Mr. K..., hier ist die Aerztliche Abteilung. Sie haben nicht berichtet." „Ich denke, es ist nicht mehr nötig." „O doch, Sie müssen es noch tun." Also wieder hinunter, Thermometer und so weiter, siehe oben, und nach fünf Minuten bin ich entlassen.

Taschenreparatur und Regenschirme auf Kredit.

Einmal war ich in der Bibliothek unserer Gesellschaft, um mir „Anette und Sylvio" von R. Rolland geben zu lassen. Auf dem Rückwege bleibe ich an der Türklinke hängen und zerreiße mir die Tasche. Ein Manager sah dies und sagte mir, daß ich zur Hausmatrone gehen müsse, um mir dies in Ordnung bringen zu lassen. Also dritten Stock, Frau Brown, Name und Karte wieder usw. Da sitzt ein Mädel, die den letzten Schnitt vom Butterick-Schnittmuster nicht versteht und ihn sich von der Assistant-matrone erklären läßt. Ein Mann, der es absolut nicht begreifen kann, daß seine Gasrechnung diesen Monat so hoch ist. Ein Mädel, die gern einen authentischen Rat haben will, ob sie ihren Bräutigam heiraten soll. Lauter so neckische Sachen. „Ihre Jacke ist zerrissen, oh, das ist schade!" sagt die Hausmatrone zu mir. „Hier haben Sie eine Bürojacke, wir werden Ihre Jacke bei unserem Schneider, der die Uniformen unserer Detektive und Fahrstuhlführer in Ordnung hält, in Ordnung bringen lassen."

Nach einer Stunde kommt ein Boy und bringt mir meine Jacke, tadellos wieder in Ordnung gebracht. Das ist Organisation!

Eines schönen Tages regnet es, obwohl morgens noch schönstes Wetter war. Um 4.30 Uhr ist Büroschluß, um 4 Uhr fährt der Regenschirm-Mann mit seiner Karre durch die Büros, in jedem Stock einer, und verteilt Regenschirme, die man am nächsten Tage wieder zurückbringen muß, oder man zahlt 10 Cent Strafe.

Versicherungslogik! Wenn die Angestellten naß werden, erkälten sie sich, wenn sie sich erkältet haben, leidet entweder ihre Gesundheit im allgemeinen, oder sie können nicht ins Büro kommen. Also geben wir den 9000 Leuten lieber Regenschirme.

Lauter Organisationswunder.

Schlechte Beispiele.

In wenigen Wochen wird von den Porzellanindustriellen eine Reichsporzellanwoche veranstaltet werden. Große und kleine Betriebe werden wetteifern, um durch sorgfältige und geschmackvolle Reklame das Porzellan der Bevölkerung als notwendiges Produkt zu zeigen, aber auch andererseits eine Belebung der Industrie zu erhoffen. Porzellan ist Kultur! Das dürfte zutreffen in bezug auf die Verfeinerung in Formen, Geschmack und Qualität. Von Fortschritt und menschenwürdiger Behandlung der Erzeuger, der Arbeiterschaft, ist jedoch in vielen Betrieben nicht das geringste zu bemerken. Oft haben die Betriebe von außen ein annehmbares Aussehen, aber innen läßt sich leider zu oft feststellen, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. In dieser Hinsicht dürfte es angebracht erscheinen, Vorkommnisse in der Porzellanfabrik K. Schumann, A.-G. in Arzberg, an die Oeffentlichkeit zu bringen. Ein Teil der Angestellten will sich anscheinend einen traurigen Ruhm verschaffen. Es gibt welche, die legen eine Behandlungsweise gegenüber den Arbeitern an den Tag, die nichts mit Knigges Umgangsformen zu tun hat. So wollte letzthin der allgewaltige Betriebsleiter Rieß seine Schlagfertigkeit damit beweisen, daß er einem Arbeiter Ohrfeigen anbot. Bei diesem menschenfreundlichen Anerbieten bleibt es jedoch nicht, sobald er einen Lehrling vor sich hat. Da scheinen statt fachmännische Ausbildung obligatorische Prügel eingeführt zu sein, zumal, wenn so ein hilfloser Mensch keine Eltern mehr besitzt, so daß keine Gefahr besteht, daß vielleicht der Vater diese Liebesgabe zinsbringend zurückgeben könnte. Bei einem Vorkommnis in den letzten Tagen wurde den zuschauenden jungen Arbeiterinnen diese Zärtlichkeit ebenfalls angeboten. Aehnliche Fälle könnten eine ganze Reihe aufgeführt werden, wo die lieblichen Kosenamen, die man in der Regel auf einem Gutshof oder früher auf einem Kasernenhof hören konnte, nicht fehlen. Diese Leute wissen gar nicht, daß sie durch solches Auftreten ihre eigene Person herabwürdigen. Es trifft hier zu; je ärmer im Geist, desto ruppiger die Veranlagung, dabei legen sie eine Heuchelei an den Tag, die sie als echte „Christenmenschen" erkennen lassen sollen. Es kann kaum angenommen werden, daß die Direktion derartige Handlungsweisen von Musterangestellten billigen, aber aus früheren Fällen ist deutlich zu ersehen, daß man diese Menschen nicht zu scharf fassen wird. Bei dem Ansehen dieses Betriebes wird die Direktion gut tun, wenn sie rechtzeitig diesen Zuständen Einhalt bieten würde, damit nicht durch Anrufung der dazu berufenen Instanzen für die Firma und ihre, weder Gesetzes- noch Tarifbestimmungen achtenden Antreiber recht unangenehme Folgen entstehen. Für die Arbeiterschaft dieses Betriebes ist es mehr denn je notwendig, daß sie restlos ihrer Berufsorganisation angehören muß, wenn sie nicht nur als Ware, sondern als Mensch behandelt sein will.

Eine Reichsporzellanwoche.

Vom 20. bis 26. November 1927 wird von den Porzellanhändlern und Porzellanindustriellen eine Reichsporzellanwoche in vielen Städten Deutschlands veranstaltet. Die Porzellanverkaufsgeschäfte werden in dieser Zeit ihre Schaufenster besonders wirkungsvoll ausgestalten und zum Porzellankauf anreizen. Die Porzellanwoche soll den Zweck haben, den Porzellanverkauf in Deutschland zu heben.

Porzellan wird als Heimschmuck gezeigt und ferner darauf verwiesen, daß aus Porzellan das hygienisch einwandfreieste Eßgeschirr hergestellt ist. Die Menschen sollen am täglichen Gebrauch des Porzellan ihre Freude haben. Auf diese Gesichtspunkte soll das Publikum besonders hingewiesen werden. Die am schönsten ausgeschmückten Schaufenster werden prämiiert, wozu eine Anzahl Porzellanindustrielle Preise gestiftet haben.

Die Porzellanindustrie kann etwaige Erfolge der Werbewoche gebrauchen.

Wenn wir als Organisation der Sache Erfolg wünschen, so können wir doch nicht unterlassen darauf hinzuweisen, daß mit Werbewochen das Uebel, ungenügender Porzellanabsatz, nicht an der Wurzel gefaßt wird. In Deutschland fehlt ja nicht die Anpreisung der Ware, sondern die genügende Kaufkraft für den Massenabsatz. Anscheinend haben es die Veranstalter der Werbewoche mehr auf die zahlungsfähigen Kreise abgesehen, die ihre Reisen hinter sich haben, und nun schon an Weihnachtsgeschenke denken können. Dazu paßt ja Porzellan vorzüglich. Noch besser wäre es allerdings, wenn die Millionen Arbeiterhaushalte ihre fehlenden Porzellangebrauchsartikel ergänzen könnten.

Aus dem Gebiete Neuhaldensleben.

Im Gebiet der Zahlstelle Neuhaldensleben wird der Versuch gemacht, mit Hilfe des Delegiertensystems den gewerkschaftlichen Kampfgedanken mehr in die Abteilungen der Betriebe und in die Ortschaften zu tragen. Die Zahlstellenleitung setzte sich zum Ziel, alle noch Beiseitestehenden für den Verband zu gewinnen, damit die Unternehmer wieder größeren Respekt vor der organisierten Arbeiterschaft bekommen. — In den Steingutbetrieben der Zahlstelle wird gegenwärtig wieder voll gearbeitet. Selbst die Firma Müller in Althaldensleben hielt es für klug, die Schwierigkeiten mit den Fertigmacherinnen auf dem Verhandlungswege aus der Welt zu schaffen und den zwölfwöchigen Kampf zu beenden. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist infolge des Baues vom Mittellandkanal sehr rege, so daß die Kollegen in den Fabriken höhere Leistungszulagen erhalten, damit sie nicht fortlaufen. Mit der alten Drohung: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen", können die Unternehmer im Neuhaldensleber Gebiet nichts mehr ausrichten. Auf diese Weise merken die dortigen Unternehmer wieder einmal, daß die Arbeiter für den Betrieb der Fabriken dringend notwendig sind, sonst kann kein Profit erzielt werden. Noch vor nicht allzu langer Zeit saßen die Unternehmer der Steingutfabriken in Alt- und Neuhaldensleben auf dem hohen Roß, legten Kurzarbeit ein und Betriebe still und versuchten Demütigungen an der Arbeiterschaft. Nun dreht diese mal den Spieß um und tut, was stets nur die Gegenseite machte, schon kommen die Unternehmer mit Klagen. Dabei empfinden sie doch nur das Echo ihrer ehemaligen Handlungen gegenüber der Arbeiterschaft. — Die Zahlstelle hatte am Quartalsschluß 1882 Mitglieder. Wenn alle werbend ihre Pflicht tun, kann die Zahl 2000 bald erreicht sein.

Die gelben „Arbeiterfreunde" im Zementwerk Göschwitz.

Der „marxistisch" verseuchten Arbeiterschaft im Zementwerk Göschwitz ist großes Heil widerfahren. Es ist ihnen ein Retter erstanden, der sie von dem „unheilvollen, marxistischen" Einfluß, unter dem sie jetzt „schwer" leidet, befreien soll.

Anläßlich der Betriebsratswahl, die am 12. Oktober d. J. stattgefunden hat, hat der gelbe Werkverein, der dort mit Hilfe der Firma aufgezogen wurde, sich vorher an die Arbeiterschaft obigen Zementwerks gewandt und eine eigene Liste aufgestellt. Die große Mehrzahl der Arbeiterschaft hat aber noch soviel gesunden Sinn bewahrt und in großer Mehrzahl die Liste unserer Organisation gewählt. Das Resultat der Wahl ist folgendes:

Wahlberechtigt waren 405. Beteiligt haben sich an der Wahl 299 oder 75 Proz. Liste I, freie Gewerkschaften, 217, Liste II, gelbe Gewerkschaften, 60. Ungültig 22. Liste I erhält 7 und Liste II (gelbe) einen Sitz.

Wir erhielten die Mitteilung, daß das Flugblatt von der Firma entworfen sein muß, denn am Tage der Wahl haben es die gelben Helden aus den Büroräumen der Firma geholt. Von den Machern des gelben Werkvereins sei keiner geistig so gewandt, daß er ein Flugblatt entwerfen könne.

Beim Lesen des Flugblattes, von dem uns ein Exemplar zuging, steigen uns einige Erinnerungen auf. In Nr. 19 des „Keramischen Bundes", 1927, hatten wir über Enthüllungen eines von der Firma Zementwerk Göschwitz gedungenen Spitzels von der Pinkerton-Gesellschaft, Berlin, berichtet. Dieser Pinkerton-Spitzel hatte entweder Gewissensbisse, weil er Verräter seiner Klassengenossen gespielt hatte oder sich mit der Pinkerton-Gesellschaft überworfen und wandte sich an unsere Redaktion, um Enthüllungen über seine Spitzeldienste im Zementwerk Göschwitz zu machen.

Nach den Enthüllungen hatte die Firma Göschwitz mehrere Spitzel von der Pinkerton-Gesellschaft als Arbeiter in ihren Betrieb eingestellt, die sich in unseren Verband einschleichen mußten, um die Arbeiterschaft des Werkes über ihre politische und gewerkschaftliche Gesinnung bezw. Zugehörigkeit auszuspionieren. Diejenigen, welche irgendeine Funktion in der Organisation bekleideten oder eine der Firma mißliebige politische Gesinnung an den Tag legten, wurden der Firma namhaft gemacht, damit diese sie bei irgendeiner Gelegenheit entlassen konnte. Wahrscheinlich hatten damals die Spitzeleien nicht den richtigen Erfolg gezeitigt, denn man betrieb dann die Gründung eines Werkvereins.

Die Fabrikkantine des Werkes wurde für die außerhalb des Werkes stehenden Macher der gelben Bewegung zur Abhaltung einer Versammlung zur Verfügung gestellt. Die Versammlung war aber nur von ganzen zehn Mann, einschließlich eines Referenten, eines gewissen Herrn Kutab, der extra aus Leipzig verschrieben war, und des Einberufers Franz Puse, der das geistige Haupt des Werkvereins sein soll, besucht. Die Versammlung nahm die Ausführungen des Referenten nur humoristisch auf. Denn wenn jemand der Arbeiterschaft erzählt, daß es der beste Weg sei, immer das geduldig hinzunehmen, was die Zementindustrie für gut befindet, weil sie sich dadurch der Unternehmerliebe bald erfreuen und dann ein schönes, inniges Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eintreten würde, so verdienten solche Ausführungen nur Heiterkeit.

Reichskonferenz der Zementarbeiter.

Vorstand und Branchenleitung haben den gestellten Anträgen, eine Reichskonferenz für die Zementarbeiter stattfinden zu lassen, zugestimmt.

Die Reichskonferenz findet am 4. Dez. 1297 in Hannover, Volksheim, Nikolaistraße 10, vormittags 9½ Uhr

statt.

Vorläufige Tagesordnung:

Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Zementindustrie.

Der Verteilungsplan über die Zahl der zu entsendenden Delegierten ist den Gau- und Zahlstellenleitungen bereits zugegangen.

Die Zahlstellen werden ersucht, in Versammlungen Stellung zur Tagesordnung der Konferenz zu nehmen und die Wahlen der Delegierten herbeizuführen.

Anträge zur Konferenz müssen bis spätestens 30. November in den Händen der Branchenleitung sein.

Die Branchenleitung.

Nun aber zu dem großen Franz Puse, dem geistigen Leiter der gelben Sumpfpflanze, der jetzt an fünfter Stelle der gelben Liste stand.

Dieser und der an 1. Stelle stehende Otto Koppe waren eifrige Verfechter des Zwölfstundentages. Als im Frühjahr dieses Jahres die Arbeitszeit von 84 auf 72 Stunden gesenkt wurde, war es Koppe, im Verein mit Puse, die dagegen Sturm liefen.

Der gewaltige Franz Puse war im Jahre 1925 noch Spitzenkandidat der völkischen Liste, die damals aufgestellt war. In seinem damaligen Programm wollte er das jüdische internationale Finanzkapital mit Stumpf und Stiel ausrotten.

Heute hat er sich dem Kapital mit Haut und Haaren verschrieben, denn in dem Flugblatt zur Betriebsratswahl am 12. Oktober d. J. wollen die Gelben „in ein friedliches Verhältnis zu unserem Arbeitgeber treten".

Als 3. Punkt wollen die Gelben Ausbau der Wohlfahrtspflege am Werke.

Wenn die Worte am Werke keine Schnitzer sind, so soll es wohl so verstanden werden, daß dem Unternehmer durch Sammellisten unter die Arme gegriffen wird, wenn das Werk einmal in Not ist!?

Der Schlußsatz des gelben Wisches ist köstlich, dort heißt es:

„Denkt daran: Jeder „abgebaute", d. h. nicht wiedergewählte, marxistische Betriebsrat und seine Ersetzung durch ein vaterländisch gesinntes Belegschaftsmitglied „ist ein Stein am Bau unseres neuen deutschen Hauses."

Und weiter:

„Nehmt als Belegschaft euer Schicksal in die eigenen Hände, macht euch frei von den werksfremden, euch bevormundenden Gewerkschaftsbonzen usw."

Nun, die Arbeiterschaft vom Zementwerk Göschwitz scheint doch noch nicht von dem neuen „Evangelium" der Gelben in Göschwitz überzeugt zu sein, denn sie hat in überwiegender Mehrzahl die Liste der freien Gewerkschaften gewählt.

Hoffentlich gibt die Zementarbeiterschaft dem Göschwitzer gewählten „Baustein am neuen deutschen Hause" nicht viel Gelegenheit, für die Wohlfahrtspflege am Werke zu wirken, so daß er bald selbst zu der Ueberzeugung kommen muß, daß er am „Bau des neuen deutschen Hauses" noch nicht einmal ein winziges Sandkörnchen darstellt, viel weniger einen Baustein.

Man sieht hier wieder einmal, daß es den Unternehmern in der Zementindustrie, welche sonst bei jeder Gelegenheit über die hohen, untragbaren Löhne und sozialen Lasten jammern, auf eine Handvoll Geld mehr oder weniger nicht ankommt, wenn es der Aufpäppelung der gelben Sumpfpflanzen gilt.

Bereits seit Monaten wird der gesamten Arbeiterschaft des Zementwerkes Göschwitz das Käseblättchen „Die Deutsche Werksgemeinschaft" gratis und franko ins Haus geliefert. Dazu erhält noch ein Teil den „Deutschen Vorwärts", Richtung Unger & Kloth.

Auch die Verschreibung von auswärtigen Referenten, Kosten für Flugblätter usw. werden sicherlich von den Unternehmern getragen. So groß ist jedenfalls der Idealismus und Opfermut der gelben Brüder nicht, als daß sie die Kosten dafür aufbringen könnten.

Auch im Zementwerk Steudnitz, einem Nachbarbetrieb, wird unseren Mitgliedern ebenfalls bereits seit Monaten obige Zeitung gratis und franko ins Haus geliefert.

Die Kosten hierfür glauben die Unternehmer mit Zins und Zinseszinsen wieder hereinzubekommen. Wenn erst einmal die ganze Arbeiterschaft für die gelbe Bewegung eingefangen ist, brauchen die Unternehmer keine Angst vor Lohnforderungen zu haben, weil die Arbeiter ja dann „alles geduldig hinnehmen, was die Zementindustrie für gut befindet".

Die Wohlfahrtseinrichtungen, welche von den Gelben weiter ausgebaut werden sollen, sind recht problematischer Natur.

Die Firma zahlt jetzt, wahrscheinlich infolge eines Vermächtnisses des verstorbenen alten Herrn Prüssing, des früheren Inhabers, der ja mit Professor Ernst Abbe, Jena, eng befreundet war, an alte, im Werk invalide gewordene Arbeiter 30—40 RM monatlich. Im Gegensatz zu der Arbeiterschaft in den Zeiß-Schottschen Stiftungswerken in Jena, welche ein Recht auf Unterstützung haben und an der Verwaltung des Unterstützungsfonds beteiligt sind, hat die Arbeiterschaft des Zementwerkes Göschwitz keinerlei Rechtsanspruch darauf. Gegenwärtig sind zehn solcher Pensionäre vorhanden, was im Jahre, wenn man die Höchstsumme von 40 RM annimmt, 4800 RM ausmacht. Gemessen an den im Prüssingkonzern gezahlten Gewinnen eine lächerlich geringe Summe. Außer diesem wird noch zu Weihnachten an jeden Arbeiter ein Lebensmittelpaket gegeben im Werte von 5 RM.

Nur 1—2 Pf. Lohn pro Stunde und Arbeiter mehr gezahlt, bringt eine doppelt und dreifache Summe mehr, als wie problematische „Wohltaten", welche jederzeit von der Firma rückgängig gemacht werden können, denn die Firma rührt sich ja immer, daß sie das alles freiwillig gewähre.

Auch der von den Gelben so sehnsüchtig erstrebte „Leistungslohn" ist sehr fragwürdiger Natur. In den Jahren 1924 25 war ein Lohnsystem mit Leistungszulagen im Zementwerk Göschwitz eingeführt. Von 550 Arbeitern bekamen aber nur 180 Leistungszulagen und davon 120 1 bis 2 Pf. pro Stunde, weitere 60 von 3 bis 21 Pf. Letzteren Betrag bekam aber nur 1 Mann.

Der Tariflohn stieg von 1924 bis 1927 von 30 auf 62 Pf. Daraufhin hat die Firma die Leistungszulagen ganz fallen gelassen.

Die Arbeitgeber sind also nur bei äußerst niedrigen Grundlöhnen für Leistungszulagen, die ja dann nicht an alle gezahlt werden brauchen.

Für die Arbeiterschaft ist also der von den gelben Unternehmerschützlingen so heiß ersehnte Leistungslohn ein verlustbringendes, für den Arbeitgeber aber ein sehr gewinnbringendes Geschäft. Damit Letzterer dieses gewinnbringende Geschäft in Zukunft wieder machen kann, wollen ihm seine gelben Schützlinge recht bald wieder dazu verhelfen.

Pflicht der Zementarbeiter in Göschwitz ist es nun, unausgesetzt für Stärkung ihrer Organisation, des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. „Keramischer Bund", zu sorgen, damit die Wünsche der Arbeitgeber und ihrer gelben Schützlinge nicht in Erfüllung gehen und ihre Rechnung eine Milchmädchenrechnung bleibt.

W. M.

Aus der Zementindustrie im Blautal.

„Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Lasttier, darunter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angstlos mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist."

So Fichte; die Arbeitgeber der Zementindustrie im Blautal denken jedoch anders, denn trotz der Schwere der Arbeit gehören die Zementarbeiter heute noch zu jenen, bei denen 10 und 12 Stunden täglich noch als Normalarbeitszeit gilt. Daß die Entlohnung in gar keinem Verhältnis zu der Arbeitsleistung und der Schwere der Arbeit steht, sei nur nebenbei bemerkt. Werden doch heute noch Stundenlöhne von 68 Pf., 66 Pf. und darunter bezahlt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Löhne erst seit kurzer Zeit bezahlt werden. Seit Juni 1925 bis vor kurzem wurden Löhne von 58 bis 63 Pf. pro Stunde bezahlt.

Im Auftrag des weitaus größten Teils der Zementarbeiter im Blautal haben die für diese Industrie zuständigen Organisationen versucht, diesen für die Zementarbeiter unerträglichen Zustand zu beseitigen und haben im Verfolg dessen am 25. April dieses Jahres an die Arbeitgeber die Forderung gestellt, die Arbeitszeit entsprechend den Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927 zu regeln, die Löhne von 1925 mit Rücksicht auf die während dieser Zeit gesteigerten Lebenshaltungskosten um 15 Prozent zu erhöhen.

Die Arbeitgeber lehnten aber nicht nur die gestellten Forderungen, sondern auch jede Verhandlung mit den Organisationen ab. Durch den inzwischen arbeitgeberseits zur Vermittlung angerufenen Schlichtungsausschuß Ulm, der am 26. Juli 1927 unter dem Vorsitz des Herrn Amtsrichter Dr. Grub tagte, wurde wohl eine Entscheidung gefällt, die Arbeitsstreitigkeit selbst aber nicht beigelegt, weshalb nunmehr das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung angerufen wurde.

Der auf Grund unseres Anrufs vom Reichsarbeitsministerium bestellte Schlichter setzte nunmehr Verhandlungstermin auf Mittwoch, den 10. September 1927, in Berlin fest. Indessen haben die Arbeitgeber den Weg nach Berlin nicht finden können, so daß der Schlichter erneut Verhandlungstermin auf den 6. und 7. Oktober festsetzen mußte. Auf Grund dieser, in Tegernsee stattgefundenen Verhandlungen, wurde von der Schlichtungskammer unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichter, Herrn Bauer, Berlin, ein Schiedsspruch gefällt, der ab 1. März 1927 die achtstündige tägliche oder die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit vorsieht. Des weiteren muß ebenfalls ab 1. März 1928 an Stelle der bisher bestehenden zwei Schichten (die Schicht zu 12 Stunden), drei Schichten (die Schicht zu acht Stunden) eingeführt werden.

Kurz sei noch erwähnt, daß die Arbeitgeber mit allen Mitteln versucht haben, die Fällung eines Schiedsspruches zu verhindern. So wurden u. E. sogenannte Werksvereine (gelbe) gegründet. Mit sogenannten von der Arbeiterschaft „gewählten" Kommissionen Werksverträge abgeschlossen, die nach vollendeter Gründung der gelben Werksvereine von diesen übernommen wurden. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Arbeitgeber sieben angebliche Werkvereinsvorsitzende mit zu den Verhandlungen nach Tegernsee brachten, die den „Willen" der „gesamten Belegschaft" der einzelnen Werke zum Ausdruck bringen sollten. Sie sollten oder wollten bestätigen, daß die Zementarbeiter gern 10 und 12 Stunden arbeiten und die achtstündige Arbeitszeit ablehnen. Haben aber — ob bewußt oder unbewußt, bleibt dahingestellt — nicht gesagt, daß die Zementarbeiter nur auf Grund der völlig unzureichenden Löhne diese lange Arbeitszeit leisten, ohne allerdings zu bedenken, daß sie einer vernünftigen Lohnentwicklung durch ein solches Verhalten hindernd im Wege stehen. Eines ist sicher: würde man den Zementarbeitern einen Lohn gewähren in einer Höhe, daß sie in acht Stunden so viel verdienen, um anständig leben zu können, dann würde sich nicht ein einziger zu einer Arbeitszeit über acht Stunden täglich bereit erklären und ich möchte fast behaupten, nicht einmal die sieben Träger der gelben Werksvereine. Wollen wir anständige und auskömmliche Löhne, wollen wir, wie Fichte sagt, nicht arbeiten wie die Lasttiere, die unter ihrer Bürde in den Schlaf versinken und nach notdürftigster Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört werden, dann dürfen wir nicht den Werksvereinen, in denen der Arbeitgeber bestimmt, die ein Machtmittel des Arbeitgebers gegen seine Arbeiterschaft darstellen, nachlaufen, sondern dann müssen wir uns einer Organisation anschließen, die unabhängig vom Arbeitgeber ist, in der wir lauter Gleichgesinnte vorfinden, in der wir gleichberechtigt sind und die gewillt und in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterschaft ernstlich zu vertreten. Eine solche Organisation ist der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung „Keramischer Bund". Kollegen! Euch selbst, euren Frauen und Kindern seid ihr es schuldig, eure Gesundheit, eure Arbeitskraft, und damit euer größtes und einziges Gut, zu erhalten. Das wird aber nicht durch zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit bei völlig unzureichender Entlohnung erreicht, sondern dieses Ziel kann nur bei vernünftiger Arbeitsweise, Arbeitszeit und auskömmlicher Entlohnung verwirklicht werden. Erträgliche Arbeitszeit und auskömmliche Löhne könnt ihr mit Hilfe des Fabrikarbeiterverbandes erreichen, deshalb heraus aus der Gleichgültigkeit, tretet ein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, schließt euch zusammen zu einem Großen und Ganzen, kämpft Schulter an Schulter mit euren Arbeitsbrüdern.

Auf die Einzelheiten dieser zunächst durch Schiedsspruch erledigten Arbeitsstreitigkeit werden wir in einem besonderen Artikel noch zurückkommen.

A. Weiß.

Aus dem Tarifamt für die rhein.-westf. Ziegel-Industrie.

Das Tarifamt verhandelte am 24. Oktober 1927 über die aus unserem Bericht im „Keramischen Bund", Nr. 43, hervorgehende noch offengebliebene Streitigkeit betr. die Bezahlung der Maschinisten und Heizer. Unser bereits im Wortlaut wiedergegebener diesbezüglicher Antrag zeitigte folgende Entscheidung:

„Die Bezahlung der Maschinisten und Heizer richtet sich nach der Dauer ihrer tatsächlichen Arbeitszeit. In den Fällen, in denen Mehrarbeit verlangt und geleistet wird, ist diese Mehrarbeit zu bezahlen. Auf jeder Ziegelei hat die Betriebsleitung im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung festzustellen, ob und in welchem Umfange Mehrarbeit geleistet wird."

Mit dieser Entscheidung ist endgültig festgelegt, daß die Nebenarbeiten (Anheizen, Abschmieren während der Pausen, Ausschlacken usw.) der Maschinisten und Heizer ohne weiteres zu bezahlen sind. Da jedoch der Umfang dieser Nebenarbeiten in den einzelnen Ziegeleien, insbesondere auch in den Dampf- und Elektrobetrieben sehr verschieden sind, war es natürlich nicht möglich, eine einheitliche Stundenzahl für alle Betriebe festzusetzen. In Zukunft muß in allen Betrieben zwischen Betriebsleitung und gesetzlicher Betriebsvertretung eine Einigung über den Umfang der Nebenarbeiten erzielt werden. Auf Grund dieser Einigung erfolgt auch die Bezahlung der Zahl von Stunden, die der Heizer und Maschinist in den einzelnen Betrieben zu leisten hat. Die Auffassung der Arbeitgeberseite, daß die Nebenarbeiten des Maschinisten und Heizers ohne weiteres schon durch die festgelegten Stundenlöhne abgegolten seien, ist damit endgültig gefallen.

Eine ziemlich langwierige Streitigkeit bestand darin, daß der Ziegeleibetrieb der Gewerkschaft „Idunahall" in Schermbeck innerhalb der Grenze des Lohngebietes B liegt, während die Tongrube, die gut 3 Kilometer von dem Ziegeleibetriebe entfernt, im Lohngebiet A liegt. Die in der Tongrube beschäftigten Kollegen erhoben selbstverständlich Anspruch auf die Löhne nach Lohngebiet A. Nachdem vor einiger Zeit eine Werksbesichtigung stattgefunden hatte, hat nunmehr das Tarifamt mit der Begründung, man könne für einen zusammenhängenden Betrieb nicht zwei verschiedene Tarife gelten lassen, folgende Entscheidung gefällt:

„Die Tongrube der Gewerkschaft Idunahall ist ein Teil des in Schermbeck gelegenen Hauptbetriebes, in dem die Entlohnung nach Ortsgebiet B erfolgt."

Die Bezahlung der Brenner hat auch in dieser Sitzung noch einmal wieder eine erhebliche Rolle gespielt. Wiederum handelte es sich um die unglückliche Fassung des Rahmentarifes mit seinem § 4, der die Regelung der Arbeitszeit usw. für die Brenner der Betriebsleitung und der gesetzlichen Betriebsvertretung überläßt. Bekanntlich sind in einzelnen Betrieben sofort nach endgültigem Abschluß des Tarifvertrages Verhandlungen über die Bezahlung der Brenner erfolgt. Sie haben teilweise zu einer Einigung geführt. In anderen Betrieben konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weshalb das Tarifamt am 14. Juni 1927 über die Frage entschied. Diese Entscheidung sollte, wie nunmehr das Tarifamt feststellt, nur für diejenigen Betriebe Gültigkeit haben, in denen eine Verständigung durch Betriebsleitung und Betriebsvertretung bis dahin nicht erfolgt war. Obwohl in der Ziffer 3 der Entscheidung vom 14. Juni 1927 nur davon die Rede ist, daß dort, wo günstigere als in der Entscheidung vorgesehene Vereinbarungen bestehen, diese in Kraft bleiben sollen. Das Tarifamt vertritt nunmehr die Auffassung, daß auch diejenigen Vereinbarungen, soweit sie rechtmäßig mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zustande gekommen sind, Gültigkeit haben, wenn sie eine geringere Bezahlung der Brenner vorsieht, als es in der Entscheidung vom 14. Juni 1927 der Fall ist. In einzelnen Betrieben ist bereits vor dem 13. Juni 1927 zwischen der Betriebsleitung und den Brennern selbst eine Einigung zustande gekommen, wonach 11 Stunden zu bezahlen sind und die Aufschläge für Mehrarbeit überhaupt wegfallen, die von der Arbeitgeberseite als ordnungsgemäße Vereinbarung, die auch nach dem 13. Juni 1927 Gültigkeit haben soll, angesehen wurde. Das Tarifamt verneinte in seiner Sitzung vom 24. Oktober 1927 diese Auffassung und fällte folgende Entscheidung:

„Die Entscheidung des Tarifamtes vom 14. Juni 1927 gilt für alle diejenigen Betriebe, in denen bis zum 13. Juni 1927 keine Vereinbarung im Sinne des § 4 des Tarifvertrages vom 11. Mai 1927 zwischen Betriebsleitung und gesetzlicher Betriebsvertretung zustande gekommen war."

Aus den in diesem Jahre gefällten Entscheidungen in der rheinisch-westfälischen Ziegelindustrie ergibt sich, wie wir stets betont haben, die Notwendigkeit der Wahl einer Betriebsvertretung in jeder Ziegelei. Kollegen, die dieser Einrichtung auch fernerhin gleichgültig gegenüberstehen, schädigen zweifellos die Brenner, die Heizer und viele andere, insbesondere aber sich selbst außerordentlich. Wenn man hinzuzieht die Unzulänglichkeit der sanitären Einrichtung in den Unterkunftsräumen und den Betrieben, dann dürfte für den denkenden Ziegler Veranlassung genug vorliegen, diesem wichtigen Instrument, daß der Arbeiterschaft in der Betriebsvertretung zur Verfügung steht, peinlichste Aufmerksamkeit zuzuwenden. A. Gundlach.

Ein Jubilar.

Unser Kollege Gustav Ridder konnte in diesem Sommer auf eine zwanzigjährige Mitgliedschaft als Ziegler in unserer Organisation zurückblicken. Wir wünschen und hoffen, daß er noch viele Jahre in unseren Reihen tätig sein möge. Uns zur Stütze, den anderen als leuchtendes Vorbild.

Die Kollegenschaft der Ziegelei Brennenkamp.-Walsum.
J. A.: Schürmann.

Aus dem Verbandsleben.

3. Quartalsversammlung 1927 der Zahlstelle Dresden.

Die Zahlstelle Dresden des Fabrikarbeiterverbandes hielt am 21. Oktober 1927 im großen Saale des Volkshauses ihre 3. Jahresquartalsversammlung mit folgender Tagesordnung ab:

1. Fabrik- und Betriebshygiene. (Referent: Zentralbranchenleiter der chemischen Industrie Kollege Haupt-Hannover.)
2. Geschäfts- und Kassenbericht vom 3. Quartal 1927.
3. Wahl eines Mitgliedes der Bezirksverwaltung Coswig in die Ortsverwaltung.
4. Verbandsangelegenheiten.

Die gut besuchte Versammlung wurde durch den Bevollmächtigten, Kollege Grafe, um ½8 Uhr eröffnet und dem Kollegen Haupt das Wort erteilt.

In großzügigem Vortrag zeichnet der Referent, welcher als Spezialist auf diesem Gebiete anerkannt ist, die Grundzüge einer der Produktion und dem Gesundheitsstande der Arbeiter entsprechende Fabrik- und Gewerbehygiene. Vorbedingungen für dieselben müssen schon in den baulichen Ausmaßen des Betriebes vorhanden sein. Vorhandensein von genügend Licht, Luft und Sonnenschein in den Arbeitsräumen ist Vorbedingung, eine gesunde und arbeitsfreudige Arbeiterschaft zu erhalten. Ganz besondere Beachtung durch Behörden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer verdient der oft an sich unhygienischen Arbeit in den Betrieben die vermeidbaren Schäden zu nehmen und zu mildern. Hierzu gehören vernunftgemäße Arbeitseinteilung, angemessene Pausen und nicht etwa durchgehende Arbeitszeit, welche sich als schädlich erwiesen hat, Sitzgelegenheit, Verhütung der Schäden durch Mechanisierung der Arbeit, wo sie nur einzelne Körperteile in Anspruch nimmt, sowie Erleichterung der Arbeit mit Hilfe technischer Verbesserungen. Referent geht dann hauptsächlich in seinen Ausführungen auf die schädigende Wirkung der Arbeitsstoffe in den einzelnen Industrien, als Staub, Gifte, Gas usw. ein und schildert an Hand von Erfahrungen deren Auswirkungen und zeigt Mittel und Wege, wie derartige Schäden zu vermeiden sind, wenn die Aufmerksamkeit aller auf dieselben gerichtet sind.

In der Diskussion, an welcher sich eine Reihe Kollegen beteiligen, spiegelt sich der Eindruck wieder, welchen die Ausführungen des Referenten ausgelöst haben.

Zum 2. Punkt des Tagesordnung gibt Kollege Grafe den Geschäftsbericht für das 3. Quartal 1927, enthaltend einen Ueberblick über die Arbeiten der Zahlstellenleitung in bezug auf Tarif-, Lohn-, Rechts- und Organisationsfragen aus dem Zahlstellenbereich und den einzelnen Industriegruppen. In 105 Versammlungen, 8 Verhandlungen und einer großen Zahl Vertretungen vor Arbeitsgerichten und Tarifämtern spiegelt sich die Tätigkeit des verflossenen Quartals ab. Für die Außenbezirke wurden in allen Bezirken Bezirksversammlungen abgehalten und stehen solche noch in Aussicht. Leider [illegible] zeichnen, daß, gemessen an der Zahl der Mitglieder unserer Zahlstelle, der Besuch der Versammlungen noch zu wünschen übrig ließ. Zugleich wird den Mitgliedern der Fortbildungskurse der Ortsgruppe in bezug auf Zuwachs in den einzelnen Industrien bekanntgegeben. Zur Weiterbildung unserer Mitglieder und Funktionäre beabsichtigt die Zahlstellenleitung einen sich über den Zahlstellenbereich erstreckenden Bildungskursus abzuhalten, zu dessen reger Beteiligung aufgefordert wird.

Der vom Kollegen Huhn erstattete Kassenbericht weist in finanzieller Beziehung ein erfreuliches Bild der Aufwärtsbewegung auf. Sowohl Vermögensbestand als auch in der Beitragsleistung und Beitragshöhe sind Fortschritte zu verzeichnen. Das vom Kassierer vorgelegte und erläuterte Zahlenmaterial gibt den entsprechenden Aufschluß. Der Entlastungsantrag, gestellt durch den Kollegen Sauter, findet einstimmige Annahme.

In der Diskussion geht besonders der Kollege Schreiber näher auf den Geschäftsbericht ein und kritisiert die Auswirkungen der Tarifverträge in bezug auf Lohn- und Lebenshaltung. Er bezeichnet die Arbeitgeber als die größeren Nutznießer der Verträge und wirft die Frage auf, ob unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen die Verträge nicht auf eine andere Grundlage gestellt werden müßten.

Kollege Höppner und Haupt gehen des näheren auf die Ausführungen Schreibers ein und betonen beide, daß Vertragstreue die Vorbedingung für Abschluß von Tarifverträgen überhaupt ist. Tarifverträge werden nur mit dem Willen der Beteiligten abgeschlossen und deren Inhalt ist von den jeweiligen Machtverhältnissen außerordentlich stark abhängig. Im übrigen vermisse man in den Ausführungen Schneiders den Weg, der an Stelle des Tarifvertrages etwas besseres zu setzen vermöge.

Im Punkt 3 wird ohne Diskussion der Kollege Franz, Coswig, einstimmig als Mitglied der Ortsverwaltung gewählt.

Unter allgemeinen Verbandsangelegenheiten teilt Kollege Jakob mit, daß die Ortsverwaltung beschlossen hat, unseren arbeitslosen und invaliden Mitgliedern in diesem Jahre eine Weihnachtsunterstützung zukommen zu lassen. Sammellisten, zu deren regen Zeichnung aufgefordert wird, sollen im Verein mit der Lokalkasse dazu beitragen, einen Fonds für diesen Zweck zu schaffen.

Nach Ausführungen des Kollegen Grafe, in bezug auf Abhaltung von geselligen Veranstaltungen, schließt die Versammlung 11 Uhr. Richard Mager, Schriftführer.

Vierteljahrsversammlung der Zahlstelle Wirges.

In seinem Rechenschaftsbericht in der Zahlstellenversammlung am 23. Oktober verwies der Vertrauensmann, Kollege Florian Storch, darauf, daß es mit Hilfe des Verbandes möglich war, den Werksvertrag aus dem Jahre 1924 zu lösen und einen Tarifvertrag für den Maschinenbetrieb und seine Nebenwerke der Firma Siemens abzuschließen. Gleichfalls wurde der vertragslose Zustand im Wirtschaftsgebiet des Unterwesterwaldkreises durch Schaffung eines Kollektiv- und Lohnvertrages beseitigt. Wenn noch nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so ist daran die Lauheit und Interesselosigkeit der Arbeiter schuld. Zum Glück hat auch die Ueberarbeit nachgelassen. Der Mitgliederstand besserte sich durch 100 Neuaufnahmen.

Der spontane Streik in der „Indo", bei dem auch 300 Unorganisierte beteiligt waren, mußte, wie vorauszusehen war, zusammenbrechen. Die Nichtorganisierten erkannten dabei, daß es mit einer Gewerkschaft im Rückhalt schon eher möglich ist, zu kämpfen. Hoffentlich ziehen die Beiseitestehenden die richtige Lehre daraus. In einigen Tagen können keine Entscheidungen herbeigeführt werden, da muß die kämpfende Arbeiterschaft schon besser gerüstet sein.

Nach dem Bericht des Kassierers, Kollegen Singer, erhöhte sich die Einnahme in der Lokalkasse um annähernd tausend Reichsmark. Die Bücherkontrolle ergab bei einer Zahl Kollegen Rückstände, die in Zukunft vermieden werden müssen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Lage der Arbeiterschaft eingehend besprochen und eine Anzahl bezirkliche Angelegenheiten erörtert. Dabei kamen auch die unerfreulichen Verhältnisse der „Indo" in Grenzhausen zur Sprache. Dort sollte die Gewerbeinspektion einmal nach dem Rechten sehen. Auch im Betrieb Berggarten in Siershahn würden die Arbeiter ausgebeutet, wie es selten geschehe. Dort führe ein Direktor Renner das Zepter. Ein Betriebsrat bestehe dort nicht. Weil nur ein geringer Teil Arbeiter dort organisiert sei, könnten für die Belegschaft so ungünstige Zustände herrschen. Mit einer besser organisierten Belegschaft könne Remedur geschaffen und auch dem Direktor beigebracht werden, daß er sich Arbeitern gegenüber anständiger zu verhalten habe.

Mit einem anfeuernden Appell, nicht in der Organisationstätigkeit zu erlahmen, schloß der Leiter die Versammlung.

Ergebnis der Betriebsrätewahl im Kölner Wirtschaftsgebiet.

Auch in diesem Jahre können die freien Gewerkschaften mit Stolz auf das Ergebnis der Betriebsrätewahlen zurückblicken. Wie im Vorjahre, so haben auch in diesem Jahre die freien Gewerkschaften sich das Vertrauen der übergroßen Mehrheit der Arbeiterschaft erworben. Besonders in den rein ländlichen Betrieben, wo der Boden an und für sich für die christlichen Gewerkschaften besonders günstig ist, haben die freien Gewerkschaften gute Wahlergebnisse erzielt. Der schwierige, steinige Boden, der hier zu bearbeiten ist, und die Mittel, mit denen die Gegenseite arbeitet, haben es nicht vermocht, das im vorigen Jahre gewonnene Feld uns abzuringen.

Das Ergebnis ist folgendes:

Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	frei	Davon organisiert christl.	H.-D.	sonstige
1420	116 573	41 651	13 251	713	4153

Es entfielen Stimmen auf die Liste der

freien Gewerksch.	christlichen Gewerksch.	H.-D Gewerksch.	sonstige Gewerksch.	Unorganis.
35 891	12 877	613	521	236

Vertreter erhielten (in allen Betrieben, einschl. derjenigen, in denen nur eine Liste aufgestellt war):

im	freie Gewerksch.	christl. Gewerksch.	H.-D. Gewerksch.	sonstige Gewerksch.	Unorgan.
Beiriebsrat	2149	401	50	13	125
Arb. iterrat	1911	287	84	13	128

Das Ergebnis für den Fabrikarbeiterverband im Vergleich zu den gegnerischen Gewerkschaften:

An Stimmen wurden abgegeben:

Fabrikarbeiterverband	Christl. Fabrikarbeiter	H.-D.
5690	2112	122

An Mandaten haben erhalten:

	Fabrikarbeiterverband	Christl. Fabrikarbeiter	H.-D.
Arbeiterrat	332	60	—
Betriebsrat	380	75	—

Schon bei der Aufstellung der Kandidaten hat der Fabrikarbeiterverband gute Auslese gehalten und die tüchtigsten, befähigsten und alten erfahrenen Gewerkschafter für diesen Posten gewonnen. In besonders starkem Maße wird die Ausbildung der Betriebsratsmitglieder betrieben. Am Arbeiterseminar für Sozial- und Staatswissenschaft in Köln ist unser Verband das ganze Jahr hindurch dauernd mit 18—20 Kollegen an dritter Stelle von sämtlichen Gewerkschaften vertreten. Dadurch geschult und angeregt, wird im Betriebe praktische Arbeit geleistet; das Vertrauen bei den Belegschaften gestärkt und das Wahlergebnis günstig beeinflußt. P. Hertwig.

In der Woche vom 6. bis 12. November ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Allgemeines.

Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der Konsumgenossenschaften. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" behandelte Heinrich Kaufmann die Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der deutschen Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1927. Dem Bericht liegen die Erhebungen über Konsumgenossenschaften zugrunde, die mehr als 400 Mitglieder haben. Die Zahl der berichtenden Genossenschaften ist von 653 auf 648 zurückgegangen, was durch die Verschmelzungen mit benachbarten Genossenschaften zu erklären ist. Die Mitgliederzahl zeigte einen Rückgang von 226 698 von 3 145 840 auf 2 219 142. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Genossenschaften den Ausschluß der „Papiersoldaten" in energischer Weise fortgeführt haben. Und da das Geschäftsjahr am 30. Juni geschlossen wird, kommt eine solche Bereinigung der Mitgliederziffern gerade im zweiten Vierteljahr zum Ausdruck. Der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr demgegenüber eine Zunahme von 206 Mill. RM auf 232 Mill. RM oder um 26 Mill. RM. Dieser Vierteljahresumsatz steht nur gegenüber dem vierten Vierteljahr im Vorjahr zurück, der durch das Weihnachtsgeschäft beeinflußt wird. Der Vierteljahresdurchschnittsumsatz je Mitglied erfuhr eine Zunahme von 65,55 RM auf 79,78 RM. Im zweiten Vierteljahr des Vorjahres belief sich der Durchschnittsumsatz auf 58,35 RM. Die Gesamtsumme des Geschäftsguthabens der Mitglieder stieg von 36,6 Mill. RM auf 37,9 Mill. RM. Auf jedes Mitglied entfiel ein Geschäftsguthaben von 12,97 RM gegen 11,64 RM im Vorjahre. Die Spareinlagen der Mitglieder zeigen wiederum ein erhebliches Wachstum, nämlich von 159,9 Mill. auf 175,4 Mill. RM. Auf jedes Mitglied entfielen 60,09 RM Spareinlagen gegen 50,89 RM im vorhergehenden Vierteljahr. Das starke Wachstum der Spareinlagen stellt die deutsche Genossenschaftsbewegung vor eine neue Aufgabe. Das Jahr 1925 brachte einen Zuwachs an Spareinlagen von 31,1 Mill. RM, das Jahr 1926 einen solchen von 55 Mill. RM und das erste Halbjahr 1927 bereits einen solchen von 39,2 Mill. RM. Somit ist eine progressive Steigerung der Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften festzustellen.

Angesichts dieser an sich erfreulichen Entwicklung folgert der Genosse Kaufmann, daß die Konsumgenossenschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa in fünf bis sieben Jahren, über einen Einlagenbestand der Sparkassenguthaben von rund 1000 Millionen Reichsmark verfügen. Diese gewaltigen Kapitalmengen müssen im Interesse der breiten Massen der Konsumenten verwandt werden. Aus diesem Grunde erläutert der Verfasser noch einmal den Vorschlag, den er auf dem diesjährigen Genossenschaftstag in Essen gemacht hat. Es wird vorgeschlagen, eine konsumgenossenschaftliche Hypothekenbank zu errichten, die nicht nur die Bau- und Siedlungsgenossenschaften befruchtet, sondern auch den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften unter bestimmten Voraussetzungen Kleinhypotheken zum Erwerb eines Eigenheims zur Verfügung stellt. Die Bank soll zweckmäßig mit der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft verbunden werden. Durch die Errichtung einer solchen Hypothekenbank würden die Konsumgenossenschaften nicht nur zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen, sondern auch die Anziehungs- und Werbekraft der Konsumgenossenschaften erhöhen.

Der letzte Vierteljahresbericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zeigt, daß die gesunde Entwicklung der Konsumgenossenschaften weitergeht. Durch die großzügigen Pläne, eine Hypothekenbank zu errichten, wird der Interessenkreis der Genossenschaftsbewegung wesentlich erweitert.

Arbeitsmarkt.

Es wird für sofort ein tüchtiger Glasschleifergehilfe für Oliven gesucht. Kost und Logis vorhanden. Meldungen sind zu richten an Bruno Rauer, Glasschl., Waldstein b. Rückers, Kr. Glatz. (221)

Perfekte Schleifermeister für Bleiglas-Tiefschliff stellt sofort ein Fa. Friedrich Kleiner, Berlin SW. 29, Bergmannstraße 106. (222)

Mehrere tüchtige, ledige Dreher, einen Schleifer und einen Kapseldreher stellt ein Porzellanfabrik Kleindembach in Kleindembach, Thür. (224)

Tüchtiger, zuverlässiger, nüchterner Schmelzer auf Kristall-, Hohl- und Tafelglas sowie Schirme und Farben sucht Stellung. Angebote an Bezirkszahlstelle Zwiesel, Bayer. Wald.

Tüchtiger, erfahrener Hafenmachermeister sucht sofort Stellung. Zeugnisse und Empfehlungen vorhanden. Angebote sind zu richten an: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Hameln, Bürenstr. 6.

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brahestr. 2—5.
Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuninger, Charlottenburg, Brahestr. 2—5.
Druck: E. Janiszewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 23/29.